

Einzelhefte
Redaktion und Verlag
Prag, II., Haničková nám. 3.
Telephone:
Tagesredaktion: 6795.
Nachtredaktion: 6797.
Postfachamt: 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Kč 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

4. Jahrgang.

Sonntag, 20. Jänner 1924.

Nr. 18.

Ohne Klassentampf?

Wäre die Tradition in England nicht so tief im demokratischen Volksempfinden eingewurzelt, derzufolge die siegreiche Partei nach einem Wahlsiege zur Macht gelangen hat, so hätten die bürgerlichen Parteien gewiß noch im letzten Augenblick das, was in den nächsten Tagen eintreten wird, verhindert: die Bildung einer Arbeiterregierung. An Versuchen dazu hat es gewiß nicht gefehlt, und ein großer Teil der englischen Kapitalistenklasse hätte am liebsten die Schaffung einer bürgerlichen, antisozialistischen Einheitsfront zum Zwecke der Vereitelung der Arbeiterregierung gesehen. Dennoch bewirkt die Tradition, deren Kraft der einer ungeschriebenen Verfassung gleichkommt, daß die Labour Party, obwohl nur ein Drittel der Parlamentsmitglieder ihr gehört, mit der Regierungsnachfolge betraut werden wird und die Liberalen der neuzubildenden Regierung sogar, wenn auch nur solange als es der Zwang, nicht die Liebe, erfordert, die Unterstützung leisten werden. Dieser demokratische Zwang und die Hoffnung des Bürgertums, daß sich die Labour Party bald zu Tode regieren werde, sind es, welche an die Leitung des britischen Staates die erste Arbeiterregierung treten lassen werden.

Aber in den Zeitungen unserer Bourgeoisie liest man es anders. Dieser wahre Stand der Dinge wird von ihnen zu verwirren gesucht und sie suchen den Eindruck zu erwecken, als würde das englische Bürgertum in eitler Zufriedenheit mit der Haltung und der Politik der englischen Arbeiterpartei nichts heißer herbeiwünschen, als den Staat von den Arbeiterführern regiert zu sehen. Es mag schon sein, daß es der englischen Bourgeoisie nach den Misserfolgen ihrer eigenen Parteien wünschenswert erscheint, von der Arbeiterpartei die total verfahrenere äußere Politik Großbritanniens einzelen zu lassen, dennoch ist die Darstellung der deutschbürgerlichen Presse, als ob die Bourgeoisie Englands über die Arbeiterpartei in hellem Entzücken schwelgen würde, eine plumpe und dumme Fälschung ohne Gleichen. Dennoch wird die englische Arbeiterpartei und insbesondere der kommende Ministerpräsident, Gen. Macdonald, von unseren Bürgerlichen in allen Tönen der Zufriedenheit gepriesen, ihr praktischer, realpolitischer, nur auf die Erreichung des „Möglichen“ bedachter Sinn und ihre angebliche „nationale“ Gesinnung hervorgehoben, die so wohlwollend von dem „intransigenten“ und „abstrakt“ internationalen Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten absteche. Und was besonders des Ruhmens wert erscheint, das sei, daß die Labour Party dem Klassenkampf durchaus abhold sei, keinem Dogma und keiner „marxistischen Lehre“ folge. Mit einem Wort: die englischen Arbeiterpartei sind ideale Sozialisten, die deutschen Sozialdemokraten dagegen vertiegtene Träumer, die keine Politik der Tatsachen zu machen verstehen. Wenn nur das Getue unserer Bürgerlichen nicht so durchsichtig wäre! Und wenn man nicht auf den ersten Blick sehen würde, daß unsere Bourgeoisie die englische Arbeiterpartei nur deshalb so eifrig lobt und herausstreicht, um die Sozialisten des eigenen Landes um so gehässiger herabsetzen zu können! Tert und Weise sind nicht neu, die Verfasser seit langem bekannt!

Der Klassenkampf! Wenn unsere Bürgerlichen das Wort hören, so überriefelt sie eine Gänsehaut. Nur ein Wort läßt auf sie noch die gleiche Wirkung: Marxismus! Klassenkampf und Marxismus, darunter stellen sie sich — oder sie tun wenigstens so — etwas Abgründiges, Verworfenes, Teufelisches vor, dem die deutsche Arbeiterpartei wie einem Fetisch anhängen und der es bewirke, daß wir jede Staats- und Volksgemeinschaft verwerfen. Wie muß nach all dem Kummer, den wir unserer Bourgeoisie bereiten, ihr Herz aufgehen, da in England, wie sie behaupten, eine sozialistische Arbeiterpartei aufstrebte, die weder vom „Klassenkampf“ noch vom „orthodoxen Marxismus“ etwas wissen wolle, die nicht von Sozial-

Die Antwort Poincarés.

Alles Wichtige abgelehnt, Entgegentommen in Aussicht gestellt.

Berlin, 19. Jänner. (Eigenbericht.) Der deutsche Geschäftsträger in Paris, der in Berlin eingetroffen ist, hat gestern dem Außenminister Stresemann einen mündlichen Bericht über die Verhandlungen erstattet, die das deutsche Memorandum über die Neuordnung im besetzten Gebiet betreffen. Ueber den Inhalt der französischen und belgischen Antwort ist offiziell noch nichts bekanntgegeben worden. Man hört darüber Folgendes: In der Antwort Poincarés sind die wichtigsten Wünsche und Anregungen der deutschen Regierung abgelehnt worden oder unberücksichtigt geblieben. In Nebenangelegenheiten wurde Entgegentommen in Aussicht gestellt, im übrigen aber zu verstehen gegeben, daß weitere Unterhaltungen über diesen Gegenstand nicht unerwünscht seien. Deutschland soll aber weiter wie bisher auch die in den besetzten Gebieten durch die französische Politik geschaffenen Tatsachen anerkennen und die Auswirkungen dieser Politik in Zukunft hinnehmen. Der französische Ministerpräsident zeigte sich nicht geneigt, den deutschen Wünschen hinsichtlich der besetzten Gebiete in nennenswertem Umfang entgegenzukommen. Nur in einem wichtigen Punkte weicht Poincaré von seiner bisherigen Haltung ab: er erkennt an, daß man sich mit der deutschen Regierung über die Gesamtheit des Reparationsproblems, also auch über das besetzte Gebiet verhandeln kann. Im übrigen ist anzunehmen, daß die von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhobene Forderung auf Einberufung des auswärtigen Ausschusses des Reichstages in der nächsten Woche erfüllt wird und daß dann das Außenministerium ausführliche Auskunft über die außenpolitische Lage geben wird.

Vor dem Generalstreit im rheinischen Braunkohlenrevier.

Berlin, 19. Jänner. (Eigenbericht.) Eine neue schwere Arbeitskrise ist im rheinischen Braunkohlenrevier ausgebrochen. Dort hat eine Konferenz der Betriebsräte den Generalstreit beschlossen, um die von den Unternehmern geforderte Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Die Gewerkschaften haben sich mit der Anwendung der schärfsten Kampfmittel einverstanden erklärt, jedoch sind sie der Auffassung, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für den Beginn des allgemeinen Ausstandes noch verfrüht sei. Demgegenüber wollen die Betriebsräte, die unter kommunistischem Einfluß stehen, sofort Los-

schlagen und sie haben zu diesem Zweck bereits eine Streikleitung gewählt. Jetzt sollen noch die einzelnen Gewerkschaften darüber entscheiden, wann der Kampf beginnen soll. In der

oberrheinischen Süttendindustrie ist es zu einer Vereinbarung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiterschaft gekommen, die allerdings noch der Zustimmung der beteiligten Organisationen bedarf. Immerhin ist mit der allgemeinen Wiederaufnahme der Arbeit zu rechnen.

Neuerliche Bertung der Entscheidung über die Separatistenverordnungen.

Paris, 18. Jänner. Die Rheinlandskommission, die gestern ihre Entscheidung über die Verordnungen der sogenannten polnischen Separatistenregierung treffen wollte, ist er sucht wor-

den, ihren Beschluß zu vertagen. Eine Kompromißlösung, die darin bestehen soll, daß die Rheinlandskommission auf eigene Initiative eine Verordnung über die Arbeitslosenunterstützung erlassen soll, ähnlich der von den Separatisten angebotenen Regelung, ist den alliierten Regierungen zur Genehmigung unterbreitet worden.

lifierung spreche und deren Staats-, National- und Allgemeingefühl so herzlich ausgebildet sei, daß es nach Festlandsbegriffen unvorstellbar wäre. Insbesondere Ramsay Macdonald wird über den grünen Klee gelobt und aus der Stelle seiner letzten Rede, es brauche wegen einer Arbeiterregierung kein Mensch in England sein Kapital ins Ausland zu schaffen, wird der Schluß gezogen, daß sich darin der Geist des englischen Sozialismus ausdrücke, der den Volkereichtum und das Nationalvermögen nicht anzutasten gedenke. Was so nebenbei die niedliche Verdrehung in sich einschließt, daß die deutsche Sozialdemokratie auf die Vernichtung des Volkereichtums ausgehe!

Ja, sie sind gründlich unzufrieden mit uns, die Herren Bürgerlichen, und sie suchen dies jetzt durch ihr aufdringliches Lob für Macdonald und die englische Arbeiterpartei uns wieder einmal zum Bewußtsein zu bringen. Aber besteht zu der bourgeoisien Zufriedenheit mit dem englischen Sozialismus wirklich Grund? Verdient Macdonald dieses ihm so reichlich gespendete bürgerliche Lob? Sehen wir doch zu! Vor dreißig Jahren noch gab es in England keine Spur einer sozialistischen Arbeiterpartei; die Arbeiter waren in den Gewerkschaften organisiert, doch politisch standen sie ganz unter dem Einfluß der beiden bürgerlichen Parteien des Landes. Erst seit dem

Jahre 1893 erfolgte die Bildung der Labour Party, die zwei Jahrzehnte hindurch ein lärgliches Dasein fristete. Welche Ziele und Aufgaben setzte sich nun die Labour Party? Keine geringeren als die, die englische Arbeiterpartei aus der Gefangenschaft der bürgerlichen Partei loszureißen, sie auf eigene Füße zu stellen, damit im Staate auch ihr Einfluß zur Geltung komme. Den Bürgerlichen, welche die heilige Einfalt mimten, wollen wir sagen, daß dies Klassenkampf ist, wirklich nichts anderes als Klassenkampf! Bis dahin waren die englischen Arbeiter für ihre Bourgeoisie Stimmvieh, erst die Labour Party unternahm es, sie mit Selbstbewußtsein, mit Klassenbewußtsein zu erfüllen und sie zu lehren, daß sie nicht im Troß der bürgerlichen Parteien einherlaufend, sondern nur nach Zusammenschließung ihrer Kräfte zu Macht und Bedeutung im Staate gelangen könne. Es ist jetzt anlässlich des Regierungsantrittes der Labour Party viel die Rede von einem Flugblatte, in dem seinerzeit zur Gründung der Arbeiterpartei aufgefordert wurde. Darin wurde die Zusammengehörigkeit aller Arbeiter und die Notwendigkeit ihres gemeinsamen Kampfes hervorgehoben, um nicht nur ganz allgemein Einfluß im Staate, sondern — wer schaudert nicht! — die Macht im Staate zu erringen. Als letztes Ziel der zu gründenden Arbeiterpartei aber wurde schon damals die

Errichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung bezeichnet! Und damit ihr Herren Bürgerlichen die volle Wahrheit erfahrt, so höret, daß unter den Unterfertignern dieses marxistischen Klassenkampfaufzuges neben Keir Hardie und Bruce Master sich auch — Ramsay Macdonald befand!

Die deutschbürgerliche Presse weiß jetzt auch gar so viel vom Staats- und Nationalgefühl Macdonalds zu erzählen und man weiß, daß sie darunter jenen Nationalismus und jenen Stiefelwichspatriotismus versteht, dem die deutsche Bourgeoisie etwa im alten Oesterreich hulbigte. Wir sind ihrem Ideal nicht reif, weil wir nicht jenes „Staats- und Nationalgefühl“ im bürgerlichen Sinne aufbringen wollen, das sie Macdonald zugestehen. Doch was hätten unsere Deutschnationalen und Sozialdemokraten zu demselben Macdonald gesagt, wenn er zur Zeit des Krieges österreichischer Staatsbürger gewesen wäre und sich so verhalten hätte, wie er dies in England tat! Schon während des Burenkrieges fiel Macdonald, wie dies die deutschbürgerliche Terminologie ausdrückt, „seinem Vaterland in den Rücken“, denn er war es, der damals allwöchentlich in seiner bescheidenen Wohnung eine Gruppe von Gesinnungsfreunden empfing, welche gemeinsam die Flugblätter verfaßten, die sich gegen die kapitalistischen Kriegsbereiter, gegen die imperialistische Raubgier, gegen die Vergewaltigung des Rechtes der Buren und gegen die Kriegsgreuel wendeten. Fand Macdonald schon während des Burenkrieges den tiefen sittlichen Mut, für das vergewaltigte Recht eines anderen Volkes gegen sein eigenes „Vaterland“ einzutreten, obwohl ihm dieses tapfere Verhalten den Ruf als „Verräter“ eintrug, so verbielt er sich auch im Weltkrieg nicht anders. Er war im August des Jahres 1914 der leidenschaftlichste Kriegsgegner im englischen Unterhaus und blieb es bis zum Schlusse, obwohl der durch die kapitalistische Presse entfesselte Volkshass sich ebenso wie der Haß der Herrschenden gegen ihn wendete. Weil er sich dem Imperialismus des eigenen Landes entgegenstellte, weil er aus ganzem Herzen und ganzer Seele inmitten des Weltmordens für den Frieden, inmitten des argsten Bluttrautes für Menschlichkeit und Verständigung eintrat, wurde er noch Jahre nach dem Kriege von der Bourgeoisie wie die Pest gehäht und verfolgt.

Und dieser tapfere Mann, dieser wahrhaft internationale Sozialist, der neben Keir Hardie das Hauptverdienst an der Erweckung der englischen Arbeiterpartei zu Klassenstolz, Klassenpolitik und Klassenbewußtsein trägt, wird uns von der deutschen Bourgeoisie als Muster aller Tugenden im Sinne der zarten Rücksichtnahme auf die kapitalistischen Interessen der englischen Bourgeoisie und im Sinne der Verleugnung der Klassenkampfbegriffe hingestellt, das wir nachahmen sollen! Wir wollen dies gerne tun und gerne den Spuren Macdonalds folgen! Es ist richtig, daß der englische Sozialismus bestimmte charakteristische Züge aufweist, die ihn anders geartet erscheinen lassen, als die sozialistischen Parteien des Kontinents. Aber das verdächtige Lob unserer Bürgerlichen verdient die Labour Party und verdient auch Macdonald in keiner Weise. Von all den Vergleichen zwischen kontinentalem und englischem Sozialismus, welche sich die bürgerliche Presse zu ziehen Mühe nimmt, kommt nur einem Berechtigung zu: daß in England die politischen Kämpfe ruhiger, sachlicher, ernster und würdiger geführt werden. Aber wenn man uns jagt, die sozialistische Partei stehe dort in der Form nicht so schroff zu den bürgerlichen Parteien, dann fragen wir: wo gibt es in England so niedrige, verlogene, insame und gehässige bürgerliche Gegner der Arbeiterpartei wie bei uns, wo so gut wie jede der bürgerlichen Parteien es darin der anderen zuvortut. Ihr sagt: es geht, wie England zeige, auch ohne den Klassenkampf. Befügt euch nicht selbst! Gerade die englische Arbeiterpartei und die Entwicklung der englischen Verhältnisse zeigen, daß der Klassenkampf den Weg zur Befreiung der Arbeiterpartei bedeutet!

Zur Soziologie der bayerischen Reaktion.

Von Emil Franzel.

Der über alles Erwartete rasch zusammengebrochene Putsch der Münchener Nationalsozialisten brachte in die Aufsichten, die über die reaktionäre Bewegung in Bayern, ihre Stärke und ihre Struktur, entstanden waren, einige Verwirrung. Nur zu leicht war es nun, die Bewegung ebenso sehr zu unterschätzen, wie man sie vor der Aktion Hitlers überschätzte hatte. Vor allem aber gelang es den Nationalsozialisten, in weiten Kreisen die oberflächliche Anschauung zu verbreiten, das Mißglücken des Putsches sei auf eine Reihe Jmriges und Zufälle zurückzuführen. Für uns ist es selbstverständlich klar, daß das Schicksal Bayerns nicht von der mehr oder minder großen diplomatischen oder politischen Geschicklichkeit Hitlers oder Kahr's abhänge. Eine kritische Untersuchung der sozialen Grundlagen der politischen Strömungen in heutigen Bayern zeigt uns, daß sich die Novembervorgänge zwanglos erklären lassen, wenn wir an sie den Maßstab marxistischer Gesellschaftskritik legen.

Wenn wir zunächst die Frage stellen, von welcher Klasse die bayerische Reaktion getragen wird, so schließt das Proletariat natürlich aus. Es steht, soweit es wirkliches Industrieproletariat ist, noch wie vor in den Reihen der Sozialdemokratie. Für die Bourgeoisie ist die bayerische Reaktion, als Sondererscheinung betrachtet, zwar ein tüchtiger Vorwurf, der Schwerepunkt der Reaktion liegt für das deutsche Kapital aber so abseits des überwiegend agrarischen Bayern, daß wir die alsbald reaktionäre Bewegung Bayerns nicht nur als großbürgerliche Strömung ansprechen dürfen. Sicher finanzierten Kapitalisten des ganzen Reiches die Münchener Konterrevolution, das genügt aber nicht, deren Beistehen zu erklären. Die Anhänger Kahr's und Hitlers ergänzen sich vielmehr aus dem Kleinbürgertum, das in seinem Teile Deutschlands die Bedeutung hat wie eben in dem in den Anfängen industrieller Entwicklung stehenden Oberbayern. Das eigentliche Kleinbürgertum bilden überall die kleinen Unternehmer und Bestzer, jene Leute, die nicht mehr aktiv in den Konkurrenzkampf des Kapitalismus eingreifen können, weil sie durch ihre Produktion die ökonomischen Verhältnisse nicht entscheidend beeinflussen können, die aber immer noch durch einen bescheidenen Besitz an Produktionsmitteln vor der Notwendigkeit des Verkaufes ihrer Arbeitskraft bewahrt sind. Sie nehmen dem Kapitalismus gegenüber ungefähr jene geistige Einstellung ein, die ihm das Proletariat vor Marx entgegenbrachte. Da sie kein Mittel sehen, ihn zu beherrschen, wünschen sie ihn zu hemmen, indem sie — allerdings fast nie mit ausschließlichen Mitteln — die Zerstückelung der großen Unternehmungen anstreben. Die Tatsache, daß der große Unternehmer, der den Mehrwert der Arbeit vieler Hunderte einsteckt, dem einzelnen Arbeiter mehr Lohn zahlen kann als der kleine Bürger, der nurmehr die Produktionsmittel zur Ausbeutung eines oder zweier Gehilfen besitzt, schafft aber auch einen Gegensatz zwischen dem kleinen Bürger und dem Proletariat, da des einen Erfolge des anderen Schaden sind. Dadurch wird die politische Erkenntnis des Kleinbürgertums auf einer primitiven Stufe gehalten, die ihm nie ermöglicht, die Totalität der Erscheinungen zu erfassen. Ihm werden nur, wie Georg Lukacs jüngst aufgezeigt hat, Teilerscheinungen, Symptome bewußt, sie sind seine „reine Klasse“ im Sinne der Dialektik. Daher kennt die neuere Geschichte auch keine revolutionäre Bewegungen, die von dem Kleinbürgertum jahrzehntelang vorbereitet, getragen und zum Erfolg geführt würden. Nur an den Kurven der Entwicklung wirkt es revolutionärer Schwung anderer Klassen gelegentlich aus der Bahn und macht es zu aktiven Revolutionären. Dann sind die kleinen Bürger oft radikal, niemals aber sind

sie führend immer ist der Kleinbürger ein Wirtläufer. Er lief 1789 mit den Bauern, 1793 mit den Proletariern, 1830 mit der hohen Bourgeoisie und 1848 wieder mit dem Proletariat, um schon 1849 wieder mit Louis Napoleon und Schwarzenberg zu gehen. Immer hat der Kleinbürger das Risiko des letzten Einfalles geliebt. Er hatte dort, wo das Proletariat nach Marxens bekanntestem Wort nur seine Ketten zu verlieren hatte, noch einen Besitz zu verlieren und hat daher wie den entscheidenden Schritt von der revolutionären Phrasen zur revolutionären Tat getan, halbwegs blieb er stehen und der Kompromißler war schließlich immer sein Mann. In Bayern hat dieses Kleinbürgertum, soweit es städtisch ist, zusehen, soweit es bäuerlich ist, tätig mitgewirkt, als ein Teil des Proletariats das Experiment der Nationalsozialisten anstellte. Die Liquidatoren des Unternehmertums fanden das Kleinbürgertum schon auf der rechten Seite. Mehr als der Wunsch nach politischer Reaktion hat der Gedanke der möglichen Loslösung von dem bankrotten Reich dem Bayern reaktionär gemacht. Die Wiederherstellung der Monarchie ist eine Heuschrecke, auf die der „kleine Mann“ immerhin Wert legt, wesentlich aber ist, daß die Trennung von Berlin, von der Republik, das Ausschneiden aus einem hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaftskörper bedeutet. Der kleine Bürger in Bayern wünschte die Wiederherstellung des frühkapitalistischen Adells der Vorkriegszeit. Trusts, Konzerne, Aktienfirmen, Reparationen, Kredite, Valutareformen, Streiks, Aufstände und alle übrigen Begleiterscheinungen des Deutschland nördlich der Donau verschmelzen für den bayerischen Bauer und Bürger zu einem Ungeheuer, für das er seit einem Jahr das Wort „Marxismus“ kennt. Seine politische Weisheit endet bei der Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der Monarchie von diesem „jüdischen Schwindler“ befreit. Die bayerische Monarchie unter Patronanz des heiligen Stuhles und Frankreichs ist das Ziel, die Konservierung des am Anfang kapitalistischer Entwicklung stehenden Bayern als kleinbürgerliches Kuriosum ist der Zweck dieser Reaktion. Einen Flügel des Kleinbürgertums (als sozial-ideologische nicht als ökonomische Kategorie) bilden jene proletarischen Schichten, die noch nicht auf dem Boden des Sozialismus stehen. Ihnen, die wie überall auch in Bayern intellektuelle sind, fiel die Funktion zu, den Boden für die Theorien der Reaktion abzugeben. Ueber sie stand Adolf Hitler den Weg zum bayerischen Kleinbürgertum. Ihnen genügte nicht der Willen zur Reaktion, sie brauchten den Schein der wissenschaftlichen Theorie, sie machten aus dieser urbi und in die Reaktion der Wiesbacher Bauern und der Münchener Brauer und Seider eine pseudorevolutionäre Bewegung. Die engere Gade Hitlers aber bildete eine Schicht deklassierter Bourgeoisie, die aus Preußen nach München übersiedelt waren. Diese Bankrotten des ancien regime, die gewesenen Offiziere und Bürokraten des Königs von Preußen, sahen in München ein Sprungbrett für die alldeutsche Reaktion. Ich habe vor mehr als einem Jahr, als ich wochenlang Gelegenheit hatte, die Münchener Verhältnisse autopsisch zu beobachten, in der „Freiheit“ darauf hingewiesen, daß hier der Versuch einer Ueberwindung der bayerischen Reaktion vorlag. Es ist den preussischen Immigranten nicht gelungen, die autogene bayerische Reaktion für die Ziele Ludendorffs und Hitlers zu nützen.

Der Bräuhansputsch ist aus zwei Gründen mißglückt. Erstens, weil es eine Illusion der Führer war, das Kleinbürgertum zu einer entscheidenden Tat fortzuführen, die ein hohes Risiko bedeutete hätte. Zweitens aber, weil das bayerische Kleinbürgertum an den eigentlichen Zielen der Sozialisten kein Interesse hat. Es will Ruhe und nicht neue Kämpfe, Frieden mit Frankreich und nicht die Revolution, die Lösung aus dem Reich, nicht Einfluß auf das Reich. Das bayerische Kleinbürgertum wollte den trockenen Putsch und prägte nicht Hitler, sondern Kahr.

Nach weiß, daß eine Gesellschaftsform wie die, welche seine Diktatur stützt, nicht allein aktionsfähig ist. Da die Bundesgenossen im Lande (eine starke Kapitalistenklasse) fehlen, sucht er sie außer den Grenzen. Er hat sie in Poincare und der römischen Kurie gefunden. Mag der „nationale Sozialismus“ noch in den Köpfen des intellektuellen Flügels der kleinbürgerlichen Reaktionsäre fluten, die große Masse hat mit der Anerkennung Kahr's den Weg der theorieleeren Reaktion beschritten, deren Ziel Restauration und Konföderierung von Zuständen ist, die nicht so sehr politisch, als durch den Gang der ökonomisch-technischen Entwicklung überwunden werden müssen. Bei dem Versuch, eine primitiv-kapitalistische Insel zu schaffen, ergehen sich viele Berührungspunkte mit der Politik des östlichen Nachbarn, da auch Seirels Bestreben letzten Endes darauf hinausläuft, Österreich zu einem Bauern- und Kleinbürgerstaat zu machen, aus dem das internationale Finanzkapital eine Rente als Ablösung seines Expansionsverzichts bezieht.

Es ist möglich, die Frage aufzuwerfen, ob für uns der Sieg Kahr's einen Erfolg bedeutet oder ob wir aus einem Siege Hitlers eher zur Wiederherstellung unserer Machtstellung gelangen würden. Fruchtbare können die Ereignisse in Bayern aber für die theoretischen Diskussionen werden, die sich aus ihrer soziologischen Kritik ergeben müssen. Schon die eben angeführte kurzfristige Betrachtung beleuchtet die historische Mission des Kleinbürgertums, also der in Demokratien entscheidenden Gesellschaftsform, bei revolutionären und reaktionären Aktionen. Bayern zeigt uns, daß das Kleinbürgertum auch dort, wo besondere ökonomische Verhältnisse ihm eine bedeutende Rolle einräumen, keine selbständigen Aktionen durchführen kann. Es ist also kein Grund vorhanden, die von ihm vertretenen Bewegungen zu hoch einzuschätzen. Andererseits geht wir, daß auch Krieg, Umsturz und Krisen die reine Klassenentscheidung noch nicht so weit gefördert haben, daß wir über die Mittelschichten hinwegfahren können. Es ist das Problem der Schlageter-Rede Karl Rodels, das hier aufliegt. Wir dürfen es nicht so lösen, wie die Moskauer, die im ersten Wirbel der neuen Möglichkeiten zu jedem Junesündnis bereit waren. Wir werden der Ideologie des Kleinbürgertums keine Zugeständnisse machen. Wir werden für seine Forderungen dann eintreten, wenn sie sich mit proletarischen bedien, wie es am Beispiel in Österreich bei der Frage des Mieterschlages der Fall war. In erster Besorgnis haben wir keinen Anlaß. Die bayerische Reaktion erscheint im Spiegel der marxistischen Kritik klar als Uebergangsercheinung, an deren absehbar Ende die reine Klassenentscheidung und damit die Revolution steht.

Telegramme.

Stresemanns Antwort auf die letzte Poincaré-Rede.

Berlin, 19. Jänner. Bei einem Empfang der ausländischen Presse, erinnerte Minister des Reichens Dr. Stresemann zunächst an die jetzt in Paris tagenden Sachverständigenkomitees, die eine Lösung der schwer auf Europa lastenden Reparationsfrage finden soll. Auf die letzte Rede Poincarés eingehend, erklärte Stresemann, das Bestreben Deutschland, seinen Einfluß in den besetzten Gebieten wieder zu erringen, für unkritisch. Dieses Ziel zu verweigern, sei unvereinbar mit den wiederholten Zusicherungen Poincarés, er denke nicht daran, deutsches Gebiet zu annektieren, oder unter französischem Einfluß zu bringen. Unerbittlich sei es auch mit der gleichfalls wiederholt gegebenen Zusicherung der französischen Neutralität gegenüber inneren deutschen Fragen. Wenn Poincaré versichere, Frankreich habe nichts getan, um die Reichseinheit zu zerstückeln und lasse insbesondere der pfälzischen

Bevölkerung völlige Freiheit, so sprächen demgegenüber die Tatsachen leider eine andere Sprache. Die Politik des General de Weizsäcker habe die treudeutsche Bevölkerung der Pfalz der Herrschaft einer separatistischen Aüberbande ausgeliefert, deren Treiben eine europäische Kulturhande bedeute. Stresemann appellierte an die anwesenden Pressevertreter, sich dafür einzusetzen, daß der Vergeßlichkeit der Meinungsfreiheit ein Ende gemacht und die Pressefreiheit im besetzten Gebiete wieder hergestellt werde. Er erklärte zum Schluß, wenn Poincaré erkläre, daß Deutschland ohne Festhaltung des Pfandes an Rhein und Ruhr zu keinerlei Reparationsleistung zu bewegen sei, so sei gerade das Gegenteil der Fall. Solange die deutsche Wirtschaftseinheit, so schloß der Minister, nicht wieder hergestellt ist, ist auch eine deutsche Reparationsfähigkeit nicht gegeben. Der Grundgedanke der deutschen Politik könne kein anderer sein, als in den vom Versailler Vertrag befallenen Grenzen, die deutsche Souveränität ungeschmälert zu erhalten.

Nachlese zur Verteidigungsrede Poincarés.

Ein Sündenregister des schlechten Bundesgenossen England.

Paris, 19. Jänner. In der gestrigen Kammerführung erklärte Poincaré bezüglich der Allianzpolitik: Die Staaten der kleinen Entente haben während des Krieges an unserer Seite gekämpft und wir bekunden ihnen gegenüber die gleiche Freundschaft. Bezüglich Englands besteht in vielen Punkten Uebereinstimmung. Wir stehen geteilt da, nur bezüglich der Art und Weise der Anwendung eines Vertrages (!), den wir gemeinsam verfaßt, gemeinsam unterfertigt haben und den wir wohl auch gemeinsam anwenden sollten (Weisfall auf allen Bänken). Das neue englische Kabinett, wie es auch beschaffen sein mag, wird für uns immer nur das große Land repräsentieren. Wir werden ihm immer die gleiche Loyalität entgegenbringen, wie es bisher geschah. Wir verlangen von unseren Freunden nur, daß sie nicht vergessen, daß es in der Tat jegliche Gerechtigkeit verneinen hieße, wenn man Deutschland helfen und Frankreich opfern wollte.

Nach Poincaré ergriff noch Louis Dubois das Wort, der ausführte, daß Frankreich im Rahmen des Friedensvertrages handelte, als es die Ruhr besetzte. Der gewesene Vorsitzende der Reparationskommission erklärte: Während der ganzen Zeit meiner Präsidentschaft in der Kommission konnte ich die Durchführung des Vertrages von Versailles nicht durchsetzen, weil England bezüglich der Nichterfüllung dieses Vertrages stets im Einklang mit Deutschland war. (Beifall auf der Rechten, scharfe Proteste auf der Linken). Poincaré unterbrach Dubois und sagte: „Der Ausdruck, dessen sich der Redner bedient hat, war sicher nicht so gemeint“. Dubois fuhr fort: Das ist möglich, doch eines ist klar, wenn England und Frankreich im Einvernehmen gehandelt hätten, wäre es nicht notwendig gewesen, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. England wird übrigens nicht aus seiner gegenwärtigen Krise herauskommen, bevor der Vertrag nicht erfüllt ist.

Paris, 19. Jänner. (Habas.) Wie bereits gemeldet, haben in der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer für die von der Regierung angenommene Tagesordnung 408 Deputierte gestimmt. Gegen die Regierung stimmten 114 Deputierte. Diese Minorität setzte sich zusammen aus zwölf Kommunisten, fünfzig Sozialisten, 63 radikalen Sozialisten, darunter auch Herriot, und 25 Mitgliedern der verschiedenen Parteien. Acht Deputierte enthielten sich der Abstimmung, 25 hatten sich vor derselben enerviert.

Großstadt.

Eine Prosaballade.

Plastersteine, Mauern, Mauern, Plastersteine.
Kein Baum, kein Blatt, keine Blume.
Wo das Herz Grün ersehnt, lastet düsteres Grau.
Die Sonne bricht sich nur mühsam Bahn zwischen himmelhohen Dächern.
Wie ein Kerker schließen sich Steinmassen unentrinnbar zusammen.
Plastersteine, Mauern, Mauern, Plastersteine.
Die Großstadt.

Unabsehbar reihen sich die Häuser, sie türmen sich auf zu gigantischen Ungeheuern. Eins gleicht dem andern. Ob alt und verfallen, ob prunkvoll und neu — jedes ist ein graues Gefängnis unzahliger Menschen.
Steinfarg, um lebende Seelen geschlossen.
Recht, links, endlos gereiht, in der Ferne zusammenlaufend. Nur ein schmaler Streif Himmel hängt blaßblau darüber.
Die Straße.

Berstet, barfuß, verwahrlost; der Wind spielt mit wirren Haaren. Er ist der einzige, der dies Haupt liebtost. Parastoppeln geben dem Antlitz etwas unsonnbar Herbes, Wildes. Stier fliegt der Wind, hoffnungslos; ich streicht er die Häuserreihen entlang. Er trifft kein Grün, keine Blume. Tropische Steinriesen wuchsen auf.

Arbeitslos.

Blanc Kreise tanzen vor den Augen. Schwärze steigt in den Gliedern empor. Bleigewichte hängen sich an die Hüfte. Es ist, als wäre eine maßlose Last dem Rücken aufgebürdet worden. Fage Griffe an der letzten Mauer suchen Halt, hindern den Fall. Und schwankend zieht der Mensch die Straße weiter.

Hunger.

Pelzverhüllt gehen Menschen vorüber. Ihr Lachen durchschneidet das Grau. Als wollten ihre Augen die Sonne erheben, so sprühen sie Funken und glänzen. Frauen schweben daher, wie von Märchengewalten getragen, leicht, aller Erdenlasten ledig. Abgelenkt sein Blick, saugt sich tief in die eigenen, zerkrümelten Kleider.

Reid.

Bunte Wand trägt grelle Plakate. Farben sehen Sünden sorglose Freude, weisen Orte der Lust. Brutal grinsen Frauen, gefällig, genickend geil, lockend zu satanischen Genüssen. Peitschen in ihm wilde Kluten auf. Schären die Feuer, daß läche Liebe emporschlägt. Troch bäumt sich auf. Ein Gefühl lebt, unerhört stark.

Doch.

Bäckertäden locken mit Düften. Brote liegen zur Schau, knuspertig und frisch. Hunger wühlt in den Eingeweiden, kriecht mit scharfem Stachel sich tiefer und tiefer.

Begierden, namenlos ungestüm, brechen los, wirbeln umher. Ein Tanz hebt an. Laibe, braun, und düstlich, tollern durcheinander, haltlos taumelt rings um das ganze Gesichtsfeld.

Gier.

Augen spähen umher, flackernde Blicke tasten die Straße ab. Hände greifen, beragen den Laib unter den Fellen des Rockes; Wärme strahlt aus von ihm, unfaßlich süß. Bilder steigen auf von endlicher Sättigung, aufleucht, zauberhaft. Und die Menschen nennen es Schuld.

Schreie gellen irgendwo auf, Rote von Menschen flirmt hinter ihm her, Rufe schwellen an zu furchtbar wildem Geiß, tausend Worte, wie Meeresbrausen aufbrandend, formen ein Wort:

Dies.

Arme paden ihn herb, roh entzieht ihm das Brot eine grausame Hand. Säbelraseln erdröhnt, jagt Blick er auf, ich kriecht sein Blick, schmerzvoll, empor. Uniform, Wachmann. Nebel fallen ringsum, in ein verdämmt ihm die Welt, eine Farbe nur blinkt:

Grau.

„Ich hatte Hunger. Ich war — —“
„Sie haben gestohlen. Ein Brot.“
„Mein Körper wand sich in Weh. Mein Magen knurrte im Krampf. Mensch bin ich doch.“
„Sie haben gestohlen. Ein Brot.“
Roh, unmenschlich, grausam, befiehlt eine Stimme:
Gefängnis.

Mauern dehnen sich grau, schließen sich oben zusammen, sperren den Zugang dem Licht, rauben der Lunge die Luft. Bitterstäbe durchkreuzen den Fleck, der einzig vom Himmel ihm blieb.

Skorpione bohren in ihm, Stürme durchrasen sein Hirn, Flammen tanzen umher. Farben zuden arell auf, namenlos peinigt die Raab der Gesichte sein Herz. Ausschreien möchte er wild — totes Echo nur hallt von den Mauern. Und so zerrinnen die Farben, schwinden, mischen sich trostlos in eins. Grau. Die Melodien verflüchtern. Einzig tobt dumpf ein Gefühl:
Verzweiflung.

Steine, Mauern, Mauern, Steine.
Kein Baum, kein Blatt, keine Blume.
Wo das Herz Grün ersehnt, lastet düsteres Grau.
Die Sonne bricht sich mühsam nur Bahn durch die Bitterstäbe.
Wie ein Grab schließen sich Steinmassen unentrinnbar zusammen.
Steine, Mauern, Mauern, Steine.
Die Großstadt.

Fritz Rosenfeld.

Der Expertenaußschuß an der Arbeit.

Außer Dr. Schacht werden internationale Sachleute gehört werden.

Paris, 18. Jänner. Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgende Kommunikationen: Das Sachverständigenkomitee für das deutsche Budget und die deutsche Währung hat seit einigen Tagen die Untersuchungen damit beauftragt, Spezialstudien vorzunehmen. Diese Untersuchungen sind heute vorwiegend zusammenzutreten, um dem Komitee im Laufe der Nachmittags-Sitzung Bericht über ihre Arbeiten zu erstatten. Dieses Verfahren wird bis Ende der Woche beibehalten werden. Das Komitee wird seine nächste Sitzung am Montag, den 21. ds. um 3 Uhr nachmittags abhalten, um unter Mitwirkung Dr. Schachts die Erörterung der Währungsfrage wieder aufzunehmen. In seiner heutigen Sitzung hat das Komitee beschlossen, den bekannten englischen Sachverständigen für internationale Eisenbahnfragen, Sir William A. Worth und den Generalsekretär der europäischen Eisenbahnunion Le Berio aufzufordern, zusammen einen Bericht über gewisse Eisenbahnfragen zu erstatten.

Handgranaten bei der Reichsgründungsfeier.

Hamburg, 19. Jänner. (Wolff.) In Fische wurde gestern abends während des anlässlich der Reichsgründungsfeier veranstalteten Fackelzuges eine Handgranate geworfen. 14 Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer, außerdem wurden zwei Reichswehrsoldaten verletzt. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Die englische Unterhausdebatte.

Thomas' Bekenntnis zur Internationale.

London, 18. Jänner. In der Debatte über den Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei im Unterhaus erneuerte der Arbeiterparteiliche Thomas den Angriff auf die Regierung und gab eine Erklärung über die Verbindung der Arbeiterpartei mit der Internationale ab, in der er begründete, weshalb sich die Arbeiterpartei wegen dieser Verbindung nicht zu entschuldigen brauche. Thomas führte u. a. weiter aus, daß es heute so viele Leute gebe, die die großen Opfer Englands verkümmerten und anzunehmen schienen, daß England Angst habe, Frankreich zu sagen, daß es einer Katastrophe entgegengehe und Dinge tue, die für England vernichtend seien. Man könne sich nicht wundern, daß Frankreich die englische Regierung mit Verachtung behandle, wenn alle Regierungen von Woche zu Woche, von Monat zu Monat eine derart schwankende Politik an den Tag legen.

London, 19. Jänner. (Times) berichtet: Die Anordnungen für die entscheidende Debatte am Montag wird jetzt festgestellt. Die Debatte wird von Sir John Simon eröffnet werden. Vermutlich wird sich Lloyd George anschließen. Auch Premierminister Baldwin wird das Wort ergreifen. Als letzter Regierungsvertreter wird der Generalsekretär Hogg sprechen. Ramsay MacDonald wird die Debatte beschließen. Die Abstimmung wird um 11 Uhr abends stattfinden. Nach Annahme des Änderungsantrages wird sich das Unterhaus auf Dienstag vertagen. In dieser Sitzung wird Baldwin den Rücktritt der Regierung verkünden. Hierauf erfolgt die Vertagung des Hauses bis zur Bildung des neuen Ministeriums. Wie verlautet, wünscht MacDonald eine Vertagung auf drei Wochen, um den neuen Ministern Zeit zu geben sich einzuarbeiten.

Benes in London.

Paris, 19. Jänner. (Tsch. W.) Der Sonderberichterstatter des „Temps“ berichtet aus London, daß Dr. Benes seinen Londoner Aufenthalt beabsichtigt, bevor er nach Wien aufbricht, um die britische Regierung Aufklärungen über den tschechoslowakisch-französischen Vertrag zu geben. Er habe u. a. besonders dargelegt, daß der Vertrag den besorglichen Garantien entsprechen, wie sie der Völkerbund im September einstimmig gebilligt hat, vollumfänglich entspricht. Dr. Benes gedenke bis Mittwoch in London zu bleiben. Wenn die innerpolitischen Ereignisse in England den Lauf nehmen, wie allgemein angenommen wird, sei es wahrscheinlich, daß Benes imstande sein werde, nächsten Dienstag der britischen Regierung die gleichen Darlegungen zu geben, welche er dieser Tage vor Lord Curzon entwickelt habe.

Doch ein französisch-jugoslawisches Abkommen?

Ein Verlegenheitsvertrag?

Paris, 10. Jänner. Der „Deuvre“ erinnert daran, daß nach dem Zustandekommen des Abkommens zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei die Rede von einem französisch-jugoslawischen Vertrage war und daß diese Nachricht später dementiert wurde. Das Blatt schreibt, daß gestern die Nachricht in offiziellen Kreisen bestätigt worden sei, und zwar in einer Form, die eigentlich anmutet. Der Mitarbeiter des „Deuvre“ erfährt aus offiziellen Kreisen, daß die gegenwärtig im Gange befindlichen Verhandlungen zwischen Frankreich und Jugoslawien zum Abschluß eines Abkommens die Fortsetzung der französisch-serbischen Verhandlungen darstellen, welche durch den Krieg im Jahre 1914 unterbrochen wurden.

Man füge hinzu, daß König Alexander und Königin Marie im April nach Paris kommen sollen, was die Befestigung der Vereinbarungen, über welche jetzt verhandelt wird, darstellen würde.

Das italienisch-jugoslawische Bündnis.

Belgrad, 19. Jänner. Nach den bisher getroffenen Dispositionen begeben sich Ministerpräsident Pasić und Außenminister Ninčić in Begleitung des Pressescheffs Jolović am 24. d. M. nach Rom, woselbst am 28. das Abkommen mit Italien unterzeichnet wird. Angesichts des bevorstehenden Wiederauftrittes der Skupština haben sich die einzelnen Führer der Opposition bei Ninčić Informationen über den Inhalt des Übereinkommens mit Italien eingeholt. Nach der Haltung des größeren Teiles der oppositionellen Presse wird erwartet, daß die Opposition dem Übereinkommen mit Italien im Parlament keinen größeren Widerstand entgegenzusetzen werde.

Der tägliche Spiritus.

„Die Grundpfeiler der gegenseitigen politischen Mitarbeit erschütterte“.

Eine nationaldemokratische Stimme.

Der Pilsner „Cesty Denik“, das Organ der Nationaldemokraten im Pilsner Gau, befaßt sich mit den Rückwirkungen der Affäre auf die Koalition. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Artikel aus der Feder des Abgeordneten Bukawsky stammt, dem Vertreter der Nationaldemokraten im Zehnerausschuß. Das Blatt sagt: „Präsident Prásek gab eine Erklärung über die Beschuldigungen gegen ihn im Zehnerausschuß ab. Der Zehnerausschuß hatte seine Möglichkeit, das Material zu überprüfen und die Untersuchung durchzuführen. Wenn er zur Untersuchung geschritten wäre, deren Ergebnis unter den gegebenen Verhältnissen sehr zweifelhaft war, würde dies einen Konflikt in der Koalition selbst hervorgerufen haben. Die Erklärung Práseks wurde von allen Parteien zur Kenntnis genommen, der Zehnerausschuß konnte derzeit nichts anderes tun, wenn wir erwägen, daß er keine Möglichkeit hatte, die Angelegenheit zu überprüfen, daß es sich gleichzeitig um die unbedingt notwendige schnelle Durchberatung des Staatsvoranschlags gehandelt hat, auf dem in so hohem Maße unser ganzes wirtschaftliches Leben und auch das Urteil des Auslandes über unsern Staat beruht. Alle in der Koalition stehenden Parteien nahmen die Erklärung Práseks zur Kenntnis. Es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Entweder hatte Präsident Karl Prásek die Wahrheit gesagt und die dem Bio „Louvre“ gegebenen Millionen sind andere Millionen, als die, von denen die Auflage des Großgrundbesitzers J. Práel gesprochen hat; in diesem Sinne wird auch die ganze Angelegenheit von einigen Kreisen erklärt und dadurch ergänzt, daß Prásek von der „Anleihe“ des Bios nichts gewußt hat — oder Präsident Prásek hat bewußt dem Zehnerausschuß gegenüber die Wahrheit nicht gesagt. Dann besteht nicht nur ein Konflikt zwischen Prásek und dem Präsidenten der Republik, sondern auch zwischen Prásek und den koalitierten Parteien. Das Blatt meint auch, daß die republikanische Partei das sozialdemokratische Diktum unliebsam trage, daß Prásek nicht mehr Senatspräsident sein könne, und teilt mit, daß die Agrarier nach Aufhebung der Affäre des Biographen der tschechischen Sozialisten und nach den sozialdemokratisch-kommunistischen Anschuldigungen verlangen, daß überall reiner Tisch gemacht werde und nicht Prásek allein hingerichtet werde. Es ist nur die Frage, wie tief bereits diese Affären zu den Grundlagen der Koalition gedungen sind und ob nicht bereits die Grundpfeiler erschütterte sind, auf denen die gegenseitige Mitarbeit errichtet worden ist. Diese Gefahr ist vorhanden.“

Schließlich heißt es: „Es ist notwendig, eine Reinigung des öffentlichen Lebens durchzuführen, das allzu offensichtliche Fehlen der Redlichkeit und unserer ungeunden Parteipolitik in sich trägt, aber die Art, wie wir das tun, muß so gewählt werden, daß wir, indem wir das öffentliche Leben sanieren, die gedeihliche Weiterentwicklung unseres Staates nicht bedrohen. Es lautet zwar paradox, aber in unseren Verhältnissen ist es so.“

Die Anleihe des Kabelač — Ängst?

Tuěny, Strábrny, Kosač und Laube wußten vom Spiritusgeld. — Die verschundene Million. — Der eilig hergestellte Vertrag mit Kabelač.

Gegenüber der Behauptung der Nationalsozialisten, daß es sich in der Affäre des Biographen „Louvre“ nicht um eine Korruption, sondern um die Anleihe Kabelač handelt, führt „Rude Právo“ neuerliche die Nationalsozialisten belastende Momente an: Als die tschechische Arbeitergemeinschaft vergebens einen Kredit für den Biographen „Louvre“ aufzutreiben suchte, kam ihr das Angebot von 3 Millionen aus Práseks Korruptionsfond gelegen. Nach öffentlicher Zeugenschaft des ehemaligen Ministers Doktor Vrěensky wußten hiervon die gegenwärtigen Minister Tuěny und Strábrny, weiter Senator Kosač und Abg. Laube und nach

Scharfe jugoslawische Töne gegen Bulgarien.

Belgrad, 19. Jän. Unter Hinweis auf die Aussage Zoljanerdes Jankows legt das Regimentsorgan „Samowprawa“ dar, daß eine Bärung der Haltung Bulgariens auf Grund der jüngsten Erfahrungen nicht mehr nach Worten, sondern nur mehr nach den Taten möglich sei. Die Achtung des Friedens ist die erste Pflicht eines korrekten und loyalen Nachbarn. Die Tolerierung der Räuberbanden, die sich auf bulgarischem Staatsgebiet organisieren, sowie die bei den erschossenen Räubern vorgefundenen bulgarischen Gewehre können nicht für die Loyalität Bulgariens gegenüber dem Königreich SHZ sprechen. Letzteres müsse über alle diese Taten Rechenschaft führen, um die Verantwortung von jenen zu verlangen, die diese Dinge tolerieren. Das Königreich SHZ ist nicht die Vorkriegstürkei, um in demselben strahllos Dinge zu unternehmen, die kein einziger moderner Staat dulden würde.

den Informationen des genannten Blattes wußte auch der politische Sekretär der nationalsozialistischen Partei, Legationsrat Simel davon. Es handelte sich aber darum, wie man es einrichten soll, daß die Partei und die tschechische Arbeitergemeinschaft in dem Falle vor einem öffentlichen Skandal bewahrt wären, wenn die Sache einmal ans Tageslicht käme. Zu diesem Behufe wurde der bekannte Kabelač aussersehen, als ein politisch nicht exponierte und für ähnliche Korruptionszwecke wie geschaffene Person. Mit Kabelač verhandelte damals Tuěny, Státny und Laube und er zeigte sich bereit, gegen eine zehnprozentige Vermittlungs-Provision drei Millionen aus Práseks Korruptionsfond für den Biographen „Louvre“ zu übernehmen. Daß Kabelač zehn Prozent tatsächlich ausgezahlt wurden, davon zeigt die Einlage in der nationalsozialistischen „Lidova Zložna“, wo am 2. September 1922 auf den Namen Kabelač 300.000 K. erlegt und am demselben Tage von Kabelač noch erhoben wurden. Nach der Auszahlung der Provision Kabelač verblieben von Práseks Geldern für den Biographen „Louvre“ 2.700.000 Kronen, aber in der Lidova Zložna wurden auf das Konto „Biograph „Louvre““ nur 1.600.000 K. als Einlage der Genossenschaft Práseks eingetragen. Die übrigen 1.000.000 K. wurden einerseits auf andere Konten eingetragen, andererseits verschwanden sie bei gewissen Personen. Es ist begreiflich, daß der Agrarier Prásek der tschechischen Arbeitergemeinschaft 3 Millionen nicht deshalb gegeben, um der nationalsozialistischen Partei als seinen politischen Gegner aus finanziellen Kalamitäten zu helfen, sondern sie deshalb gegeben habe, um sich den Minister Tuěny mit hohen Spirituspreisen zu sichern. Und daß tatsächlich Minister Tuěny nichts eingewendet hat, dafür leistet der ehemalige Minister Dr. Vrěensky im „Socialista“ Zeugenschaft, wo er erklärt, daß man sich aus dem Protokoll des Ministerrates überzeugen könne, daß Minister Tuěny überhaupt gegen den Spiritusvertrag nicht gesprochen hat, durch den auf Rechnung des Staates Práseks von hunderten Millionen Práseks Genossenschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrenner gegeben wurden.

In der Sitzung des Präsidiums der tschechischen nationalsozialistischen Partei, die am 9. Jänner abgehalten wurde, begegneten sich zwei Richtungen: die einen wollten alles in Abrede stellen, die anderen wollten alles ausdecken. Zum Schlusse aber, als versichert wurde, daß das so gerieben gemacht sei, daß niemand auf den Kern der Sache kommen könne, schlossen beide Richtungen ein gegenseitiges Kompromiß, daß nur ein Betrag von 1.600.000 Kronen eingestanden wird, der in den Büchern der „Lidova Zložna“ geführt ist, und daß die ganze Angelegenheit durch Berufung auf den Vertrag mit Kabelač verpaidet wird. Dieser Vertrag ist aber fingiert und er ist schleunigst gemacht, um die Beziehungen mit dem Korruptionsfond Práseks auf eine unpolitische Persönlichkeit schieben zu können.

Die Genossenschaftsbank klagt das „Česté Slovo“.

Vor einigen Tagen schrieb das „Česté Slovo“, daß Abgeordneter Stábrny Mitglied des Verwaltungsrates der Spiritusbank sei (gemeint war die Mitgliedschaft Stábrnys im Verwaltungsrat der „Allgemeinen Genossenschaftsbank“) und daß er diese Ehrenfunktion der Bank hätte an den Kopf werfen sollen, als er sah, daß diese Bank und ihre Führung durch Spiritusgeld korrumpiert werde. Stábrny wandte sich nun an das Präsidium des Verwaltungsrates der Genossenschaftsbank mit dem Gesuch um Einberufung einer Sitzung des Verwaltungsrates. In dieser Sitzung wird Stábrny den Antrag stellen, wegen Ehrenbeleidigung der Mitglieder des Verwaltungsrates die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur des „Česté Slovo“ zu überreichen.

Wie Prásek an Vierden „verdiente“.

Im Jahre 1919 ließ Prásek — wie „Rude Právo“ erzählt — aus dem Wiener staatlichen Gengstengestüt, und zwar aus den Wiener Hofstallungen 116 Pferde und einige Wagen in die

Tschechoslowakei überführen, die aus der Liquidationsmasse des ehemaligen Oesterreich an die Tschechoslowakei fielen. Für den Transport und die Wartung bezahlte der tschechoslowakische Staat 382.000 Kronen. Von diesen hat sich Prásek die fünf besten Pferde und einen Wagen ausgekocht und für den Transport 550 Kronen bezahlt, obwohl nach der oben genannten Ziffer auf ein Pferd 3300 Kronen entfielen. Auch in diesem konkreten Falle zeigt sich der ganze Charakter des Führers der Agrarpartei und Präsidenten des Senates.

Eine neue Beschuldigung Práseks und dessen Dementi.

Die Wiener „Stunde“ berichtet am 18. Jänner, daß im Wiener Haus-, Hof- und Geheimarchiv zwei Briefe Práseks gefunden worden seien, die dieser als patriotischer Oesterreicher nach Kriegsbeginn an die Kabinettskanzlei gerichtet habe und die eine Denunziation darstellen. Diese Meldung des Wiener Blattes beantwortet Prásek mit einer Erklärung, die er durch das tschechische Pressbüro verbreiten läßt und in der er sagt, daß er, weder in der Kriegszeit noch vorher, an die österreichische Kabinettskanzlei überhaupt Briefe geschickt habe.

22. Jänner — Sitzung der agrarischen Untersuchungskommission.

Die auf den 22. Jänner vom Präsidenten Prásek einberufene Sitzung des Senatspräsidiums wurde gestern von Prásek abgelehnt, mit der Begründung, daß sie auf einen späteren Zeitpunkt verlegt wird. Die Sitzung sollte den Beginn der Senatsession festsetzen, der mit Mitte Februar geplant war. Der Senat soll noch einige wichtige Vorlagen, die das Abgeordnetenhaus in seinen letzten Sitzungen angenommen hat, erledigen. Nur die Frage des Senatspräsidenten ist es, die seinen Zusammenritt immer wieder hinauschiebt. Diese Frage kam wohl nur durch die Resignation Práseks auf sein Amt gelöst werden, denn ein längerer Urlaub für den Senatspräsidenten würde eine abermalige Verschiebung der Lösung der Affäre bedeuten. Die entscheidende Beratung der dreigliedrigen Kommission der Agrarpartei, in der neben dem Präsidenten des Bodenamtes Dr. Věstovský der Landwirtschaftsminister Šodza und der gewesene Minister Staněk sitzt, findet Dienstag, den 22. Jänner statt. Ueber das von dieser Kommission gefällte Verdict wird Dr. Věstovský in der Sitzung des Vollkommensauschusses der Agrarier, die für den 24. Jänner einberufen ist, berichten. In dieser Sitzung fällt dann auch die Entscheidung der Agrarpartei, die wiederum in der Sitzung des Zehnerausschusses der Koalition besprochen werden wird.

Ein neues Finanzgeschäft der Nationalsozialisten.

Die tschechischen Nationalsozialisten, die gegenüber dem „Materialismus“ der Sozialdemokratie nicht genug auf ihr „ideales Programm“ sich zugute halten können, haben täglich ihre Affäre. Neuestens handelt es sich um ein ganz merkwürdiges „Darlehen“. Am 2. Dezember 1921 ließ der Ackerbauminister auf Drängen der tschechischen nationalsozialistischen Partei der nationalsozialistischen Kleinbauerngenossenschaft einen Betrag von 1 Million Kronen aus dem staatlichen Meliorationsfonds, und zwar nicht für Meliorationen, sondern für Geschäfte dieser Genossenschaft. Die „Jednota“ verpflichtete sich, diesen Betrag in vier Vierteljahrstraten zurückzahlen. Dem „Právo Lidu“ kam ein Mahnbrief des Ackerbauministeriums vom 9. Oktober 1923, unterfertigt vom Minister Dr. Šodza, in die Hände, woraus zu entnehmen ist, daß die Jednota auf die Anleihe überhaupt nichts zurückgezahlt hat. Nur Zinsen in der Höhe von 2505 K. sind bezahlt worden, was natürlich für eine Millionenanleihe etwas zu wenig ist. Das Ackerbauministerium fordert in diesem Mahnbriefe, daß die ganze Anleihe mit den Zinsen und Verzugszinsen dem staatlichen Meliorationsfond spätestens bis zum 31. Dezember 1923 bezahlt werde. Das ist allerdings nicht gefahren.

Es wäre gut, zu erfahren, wieso ein Betrag von einer Million aus der Staatskasse für Zwecke geliehen wird, für die er nicht bestimmt ist, und wie sich die tschechische nationalsozialistische Partei in dieser Angelegenheit verhalten will.

Strábrnys Sinn für Geschäfte.

Der „Socialista“ das Blatt Dr. Vrěensky's sagt: „Daß Strábrny seinen Anspruch über Tuěny verweigert hat, überrascht niemanden. Denn Strábrny hat Sinn für Geschäfte und Geschäftsgeheimnis, wie der Stand seines Vermögens und die Geschäfte seines Bruders und Schwagers beweisen. Uns hat es auch nicht überrascht, daß der nationalsoziale Exekutivauschuß Tuěny, Státny und Strábrny das Vertrauen ausgesprochen hat, denn in gleicher Weise hat er sich entschlossen, Laube zu schützen und wird ihn weiter schützen. Ein Faktum ist allerdings, daß Strábrny von den Geschäften Tuěny's wußte, denn Kosač leugnet nicht, daß ihm Dr. Vrěensky dies mitgeteilt und gleichzeitig den Inhalt seiner Unterredung mit einigen Personen mitgeteilt hat, die bereit sind, dies eidlich zu bestätigen. Korumpiert war Tuěny, korumpiert haben die Agrarier. Es ist aber nicht sicher, ob dies einzig und allein die Spiritusbrennergelder waren, die Tuěny genommen hat.“

Die Kohlenpreisfrage und deren Lösung.

Ing. Adam Fischer-Brück.

Der Verfasser des nachfolgenden Artikels ist Betriebsleiter eines großen Schachtes bei Brück. Umso bemerkenswerter sind seine Ausführungen.

Große Ereignisse werfen für gewöhnlich ihre Schatten voraus.

Es ist in der letzten Zeit sehr viel davon geschrieben und noch mehr davon gesprochen worden, daß die Bergwerksbesitzer die von der Regierung durchgeführte Kohlenpreisniedrigung damit parallelisieren wollen, daß sie die Vergarbeiterlöhne, noch vor Ablauf der im letzten Streit festgelegten Kündigungsfrist herabzusetzen beabsichtigen.

Wo Rauch ist, ist auch Feuer, und obwohl diese Absicht zu wiederholten Malen dementiert wurde, so ist dieselbe eher möglich als nicht, zumal bereits Beispiele vorliegen, wo diese Absicht in die Tat umgesetzt wurde, und Lohnreduzierungen trotz des bestehenden Lohnvertrages erfolgt sind.

Wir sehen also, daß den Bergwerksbesitzern absolut nichts daran liegt, den Lebensstandard der Vergarbeiter noch weiter herabzusetzen, und daß sie sich auch nicht im Entferntesten dessen bewußt sind, daß neben der gewiß löblichen Pflicht des Geldverdienens auch gewisse soziale Verpflichtungen vorhanden sind, die sie als die Besitzenden denselben Volke, welchem sie ihre Besitztümer verdanken, schuldig sind. Aber auch wir wollen diese Sache nicht von der Genußseite betrachten und wollen objektiv und nüchtern untersuchen, ob eine Lohnherabsetzung trotz der heute schon bestehenden entsetzlichen Lebenslage der Vergarbeiter berechtigt wäre.

Bevor wir jedoch in die Sache selbst eingehen, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich hier um Vergarbeiter handelt, also um eine Kategorie von Menschen, welche die schwersten Arbeiten verrichten müssen. Diese Menschen müssen, so banal es auch klingt, essen, sie müssen kräftig essen, um eben ihre schwere Arbeit auch leisten zu können. Und jetzt sind wir bei dem Begriffe „Leistung“ angelangt. Ein Vergarbeiter kann nur dann bestehen, wenn er eine „Leistung“ hat, und ein Bergwerk arbeitet nur dann aktiv, wenn seine Belegschaft etwas leistet. Kann sich der Vergarbeiter nicht entsprechend nähren, kann er seinem Körper nicht die nötige kräftige Nahrung vergönnen, so kann unmöglich etwas „leisten“. Wenn die Belegschaft eines Schachtes infolge schlechter Entlohnung unterernährt und entkräftet ist, so muß die Anlage infolge schlechter „Leistung“ zu Grunde gehen, und der Bergwerksbesitzer müßte sein Bergwerk zusperrern.

Es ist demnach paradox, wenn die Bergwerksbesitzer den Vergarbeitern ihre Löhne herabsetzen wollen, denn sie müssen ja ganz genau darüber orientiert sein, in was für einer Not und in was für einem Elend der Vergarbeiter heute bereits zu leben gezwungen ist.

Die Bergwerksbesitzer behaupten, daß sie nur durch eine Lohnherabsetzung die von der Regierung aufgezwungene Kohlenpreisniedrigung wettmachen können, und daß nur durch eine Lohnreduzierung die Bergwerksunternehmungen vor dem sicheren Ruin gerettet werden können. Dieser Behauptung ist die Gegenbehauptung entgegenzusetzen, daß durch eine Lohnreduzierung der Gewinn der Bergbauunternehmer ein noch kleinerer würde, da die Leistungen der Vergarbeiter mit fortschreitender Unterernährung immer kleinere würden, und daß dann langsam, aber sicher der Ruin des Braunkohlenbergbaues eintreten müßte.

Die Bergwerksbesitzer sehen vielleicht die loslassen Leistungen ihrer Vergarbeiter, welche heute größere sind als in den Friedensjahren. Sie wissen aber nicht, daß diese Leistungen eigentlich Verzweigungsleistungen sind, welche die Vergarbeiter aufbringen, um für sich und die Ihrigen den notwendigen Lebensunterhalt aufzubringen und zu verdienen. Auf die Dauer werden diese Leistungen nicht zu halten sein, und wir werden schon in kurzer Zeit sehen, wie die Krankheits- und Todesziffern unter der Vergarbeitererschaft wachsen werden.

Man muß den Dingen in die Augen sehen, wie sie tatsächlich sind, und das kann derjenige am besten, welcher im Mittelpunkt derselben steht. Wir wollen aber auch offen und ehrlich die Behauptung aufstellen, daß die großen Bergwerksunternehmungen des nordwestböhmischen Braunkohlenrevieres, mit ganz geringen Ausnahmen, trotz der ausgeprägten Kohlenpreisniedrigung, Goldgruben sind, welche ihren Aktionären und Besitzern große Gewinne bringen, von welchen natürlich die Essentialität nichts erfahren darf. Ich werde ein nächstes Mal auf Grund authentischer Daten beweisen und errechnen, was für einen Reingewinn eine große Schachtanlage bei den heutigen Kohlenpreisen abwirft.

Die heute bestehenden Kohlenpreise sind im Verhältnis zu der schlechten Entlohnung der Arbeiter und Beamten noch immer viel zu hohe. Der Arbeitsminister hat angeordnet, daß im Einvernehmen mit dem Ernährungs- und Handelsministerium die ganze Art der Kohlenverkaufsorganisation überprüft werde. Wir begrüßen den Arbeitsminister zu diesen löblichen Absichten und wünschen ihm viel Erfolg hierzu.

Eine Überprüfung der Art der Verkaufsorganisation muß auf die weitere Erniedrigung der Kohlenpreise, geschweige denn auf deren Verbehalten, unbedingt von Erfolg begleitet sein, und es ist sicher, daß bei einer Aenderung oder Um-

stufung der Verkaufsorganisation, oder bei einer bloßen staatlichen Einflußnahme auf die heute geübte Art und Weise des Kohlenverkaufes, der beabsichtigte Zweck voll und ganz erreicht wird. Der Arbeitsminister weiß ganz gut, daß ihm hierbei die Mitwirkung des Ernährungs- und Handelsministers sehr zuzustatten kommen wird, ja, daß sie eine unbedingt notwendige ist. Die Hauptarbeit aber wird das Arbeitsministerium zu leisten haben, denn schon der Umstand allein, daß der Besitzer resp. Hauptaktionäre des Bergwerkes das erste Glied in der Zwischenhandelskette ist, bedarf einer gründlichen und rigorosen Intervention und Aenderung. Es darf im Interesse des Kohlenkonsums auf keinen Fall geduldet werden, daß die Verkaufsorganisationen der Bergwerksunternehmungen, deren Hauptbeteiligten in beiden Fällen ein und dieselben Personen sind, sich gegenseitig, oder besser gesagt, sich selbst die Kohle abkaufen und fakturieren.

Die Kohle muß direkt vom Schachte weg ohne diese ersten Zwischenhändler dem Konsum zugeführt werden. Es ist weit und breit bekannt, daß die Kohlenhandlungsfirma Weinmann, Pfeisler usw. mehr als 75 Prozent der gesamten Kohlenförderung des nordwestböhmischen Braunkohlenrevieres kontrollieren und verkaufen, obwohl eben diese Firmen die Besitzer resp. Hauptaktionäre der großen Bergbauunternehmungen sind.

Nun wird man einwenden, daß die Besitzer der Bergbauunternehmungen auch die von ihnen selbst geförderte Kohle verkaufen dürfen, und daß dies wohl ihr gutes Recht sei. Dieses Recht wollen wir ihnen auch nicht schmälern. Was wir aber für unmoralisch und unsozial halten, ist der Umstand, daß sie sich zuerst selbst ihre eigene Kohle verkaufen, d. h. daß sie die Kohle den ihnen selbst gehörenden Schächten abkaufen, auf diese Weise den ihnen gesetzlich gebührenden Händlernutzen einstecken, und dann erst die Kohle an den Konsum weitergeben. Durch diese Manipulation wird die Kohle überflüssig veräußert, abgesehen davon ist verschiedene geschäftliche Transaktionen für und Tor geöffnet, Transaktionen, welche auf die Preisbildung naturgemäß schädlich einwirken müssen.

Eine Aenderung der Kohlenverkaufsorganisation zur Erzielung billiger Kohlenpreise bei gleichbleibenden Lohnverhältnissen ist kein Experiment, sondern die sichere Herbeiführung einer gerechten, geschäftlich einwandfreien Institution zur Erreichung normaler Lebensverhältnisse. Inwieweit das Ernährungs- und Handelsministerium in den Gang der Verhandlungen behufs Aenderung der Verkaufsorganisationen und somit zur Herbeiführung billiger Kohlenpreise beitragen kann, werden wir in dem nächsten Artikel ausführlich darlegen.

Inland.

Ein deutschagrarischer Zerstörer der Volkshohelegende.

Eine Antwort Maigners an die Turnwald, Littelbach und — Krepel.

Der Führer der deutschen Agrarier, Herr Abg. Krepel, hat auf dem Kreisstag seiner Partei in Leimertitz vom hohen Hof herab über die „großen Unterlassungen“ abgeurteilt, die sich „die verflochtene deutsch-böhmische Landesregierung“ angeblich hätte zuschulden kommen lassen. Schmerz erfüllt, nur mit Mühe sich vor einem verbrennenden Urteil zurückhaltend, gedachte der „adeliche Kollege“ — wie sich Krepel bescheiden selber nannte — der Verfehlungen der Landesregierung, die das deutsche Volk nun so „schwer zu büßen“ hätte. Das ging vor allem an die Adresse Lodgman's und der übrigen deutschagrarischer Politiker und Parteien. Voll Gram und Herzweh stellte Krepel das Ausbleiben einer Antwort von dieser Seite auf die erhobenen Anschuldigungen fest — Hamlet-Krepel zitierte: „Der Rest ist Schweigen!“

Es wird aber nicht geschwiegen, sondern sehr deutlich geredet. Das Wort ergreift in der „Bohemia“ — Krepel's agrarischer Kollege, der ehemalige zweite Landeshauptmannstellvertreter Maigner, der einseitige agrarische Vertreter Südböhmens im Wiener Reichsrat. Damals nämlich, als die Substanz des Kampfs um das Selbstbestimmungsrecht führten, waren sie nicht so glücklich, einen Herrn Krepel oder auch einen Herrn Turnwald an ihrer Spitze zu sehen. Die lagen in der politischen Versenkung und andere, nicht so große Staatsmänner wie Krepel oder Spina — der damals ebenfalls nicht zu sehen war — machten Seite an Seite mit Lodgman Politik. Herr Maigner hat zwar, soviel uns bekannt ist, nicht sehr viel geleistet, aber er ist doch wenigstens dabei gewesen und man mag ihm zuhören, wenn er fünf Jahre später die Sprache wiederfindet.

Maigner apostrophiert seinen Kollegen Krepel und den altösterreichischen Blechträger Littelbach und sagt ihnen, daß nicht einzelne Personen, sondern die Verhältnisse, vor allem der verlorene Krieg daran Schuld tragen, daß Deutschböhmen „um sein Selbstbestimmungsrecht gebracht wurde. Maigner glaubt zwar — und mit ihm die „Bohemia“, die die betreffenden Stellen im Druck hervorhebt — etwas Neues damit zu sagen, daß Oesterreich zur kritischen Zeit außer Stande gewesen wäre, Deutschböhmen Truppen zur Hilfe zu senden, und trau um diesem Zusammenhang eine persönliche Erinnerung an Seliger aus, obwohl doch über all das in den Büchern Otto Bauers und

Julius Deutsch's längst hinreichend Aufschluß gegeben wurde. Aber nicht das ist das Interessante, das Maigner den Herren Krepel und Turnwald und den gesamten deutschbürgerlichen Parteien zu sagen hat, sondern seine Charakteristik der damaligen zwiespältigen, unmannlichen Haltung und Politik des deutschen Bürgertums. Maigner schreibt darüber unter anderem:

„... es war schmerzhaft, zu sehen, wie alte einflußreiche deutsche Beamte ihre Reforts dem Narodny Wybor zur Verfügung stellten und nach tschechischem Staatsrecht amtierten, trotzdem in Reichenberg eine von Deutschösterreich gesetzlich geschaffene Landesregierung bestand. Das Professorenkollegium der deutschen Hochschulen in Prag hatte damals beschloffen, sich erst dann der Reichenberger Regierung zur Verfügung zu stellen, bis die Friedenskonferenz gesprochen haben werde; der Verein der deutschen Staatsbeamten sahte nach ähnlichen Sühnungen den gleichen Beschluß. Solche Beschlüsse... machten aber Schule in der Provinz bei jenen vielen, die bereits das Gelübde auf die Republik Deutschösterreich geleistet hatten. So kam es, daß beispielsweise zur Errichtung einer Bahndirektion in Teplitz und einer Postdirektion in Teplice Beamte aus Deutschösterreich ausgesprochen werden mußten, während die Landesregierung in Reichenberg vorher keine, dann aber kaum vierzig, meist junge, ledige Beamte als Mitarbeiter hatte... In Bemühungen, alte, einflußreiche Herren für Reichenberg zu gewinnen, hat es wahrlich nicht gefehlt; von Mäherfelsen solcher Art weiß ich selbst tauzig oder vierzig zu zählen, die selber hier nicht angestimmt werden sollten, weil es keine Ruhmeshelder des deutschen Volkes sind.“

Was sagen die „alten, einflußreichen Herren“ zu diesen „harten, unpopulären Worten“ ihres Parteifreundes Maigner, der wenigstens nicht im Mauseloch war, als die Kämpfe geführt wurden, und der darum auch ein Urteil darüber hat, wie damals die Verhältnisse lagen, die tatsächlich die Hauptschuld an dem „Ende“ trugen, „das voraussehend“ Herr Maigner „sich zeitgerecht von Reichenberg verabschiedete“.

Wird nun Herr Krepel, nachdem er die Stimme seines Freundes vernommen, nochmals das Wort ergreifen, oder hält er es weiter mit dem sterbenden Hamlet, der da sagt: „Der Rest ist Schweigen!“?

Kommunistische Pressezentralisation.

Als unser Parteitag in Auftrag den Beschluß gefaßt hatte, eine Konzentration unserer Parteipresse durchzuführen, knüpfte daran die gegenwärtige Presse allerhand lächerliche Bemerkungen. Nicht lange darnach aber tauchten bereits anderwärts ähnliche Pläne auf, so beispielsweise bei den deutschen Agrariern, welche, sogar unter Berufung auf unseren Beschluß, einer Verschmelzung ihrer Presse das Wort redeten. Und nun lesen wir in den kommunistischen Blättern, die bei der Gründung der „Vereinigung sozialdemokratischer Pressen“ wie immer am meisten höhmten, daß der Vollzugsausschuß der A.P.C. den Beschluß des vorjährigen Parteitages durchführt, die Vereinigung und den Zusammenhang der verschiedenen Zeitschriften zu fördern, damit die Presse der Partei nach Möglichkeit zentralisiert werde. Die angeführten Institutionen führten dies auch bei einer Reihe von Parteiblättern durch, es wurde nunmehr entschieden, daß auch die bisher erschienenen theoretischen Zeitschriften der Partei „Proletkult“, „Kommunismus“ und „Agitator“ derselben Zentralisation unterzogen werden. Diese radikale Verschmelzung kommunistischer Organe beweist wirklich eine kolossale Großzügigkeit der Kommunisten.

Endlich erreicht!

Der Reichenberger „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer einen Bericht über die Konferenz der kommunistischen Partei der Sowjetunion und hebt als eines der wichtigsten Ergebnisse dieser Konferenz schon im Titel folgende Tatsache aus Sowjetrußland hervor: „Annäherung in schnellem Tempo an die Vorkriegsverhältnisse“. Dieses stolze Resultat hat nämlich der Referent für Wirtschaftspragen Nylow der Öffentlichkeit mitgeteilt. Unseres Erachtens gehört für einen Führer Sowjetrußlands eine ungeheure Portion Bescheidenheit dazu, um sich daran freuen zu können, daß sich Rußland, sechs Jahre nach der Revolution, „in schnellem Tempo den Vorkriegsverhältnissen nähert.“ Wollte Nylow vielleicht die Tatsache feststellen, daß Sowjetrußland nunmehr wirklich wieder beinahe so aussieht, wie vor dem Jahre 1917, wo die Arbeiter unterdrückt wurden, die Millionen russischer Bauern rechtlos waren, das Volk hungerte? Damals regierte der Zar ein politisch unfreies Volk. Heute nähert sich Rußland unter Lenin „den Vorkriegsverhältnissen“!

Parteitag der polnischen Sozialdemokraten.

Die polnische sozialistische Partei in der Tschechoslowakei wird am 20. Jänner in Dombrava einen außerordentlichen Kongreß abhalten, auf dem hauptsächlich ihr Standpunkt zur Bildung des projektierten Ostrauschlesischen Gaus zur Verhandlung kommen wird. Ein Teil der Partei ist für die Schaffung dieses Gaus, weil er stark sozialistisch und dadurch auch für die polnischen Arbeiter günstiger sein werde.

Der Kettenhund.

Von Heinrich Konveller.

Das Gehöft lag noch in tiefer Dunkelheit, obwohl es bereits gegen den Morgen ging. Alles schlief; sogar der Kettenhund, der in seinem Kottler an der Ecke des Hauses fest zusammengerollt lag und an einer langen Kette angehängt war, die an einem durch die Luft gezogenen Drahtseil hing und so gespannt war, daß es ihn nicht weiter als gerade knapp bis zur Tür des Hauses auf der einen Seite, auf der anderen nicht näher als gerade bis an den Eingang zum Kuhstall herankommen ließ. Kalter Frost des Spätherbstes und schwere Nebelschwaden umlagerten das Gehöft, und Thras, der Kettenhund, den es sogar im Schlafe froh, träumte gerade davon, wie warm es wohl in der Stube der Menschen, dem einzigen Ziel seiner Wünsche, wäre, und wie lustig es sein müßte, einmal, einmal wenigstens frei herumlaufen, überallhin, wohin es ihn gelüßte, gehen zu können, einmal, endlich einmal mit dem Schwefel wedeln, freundlich und gut sein, seinen Kopf auf den warmen Schoß eines Menschen legen oder gar lang ausgetreckt am Boden nahe vor der sonnengleichen Flamme des Herdfeuers liegen zu dürfen...

Aber — wie jedesmal — mitten in diesem seinem schönsten Traum, erwachte er. Etwas, er wußte noch nicht, was, hatte ihn aufgeschreckt. Und sofort war er wieder der grimme Kettenhund, der seine Pflicht kannte. Schon auch hörte er es knistern. Aber es war ein so eigentümliches Knistern, ein Knistern, wie er es noch nie zuvor gehört hatte, und das ihn doch irgendwie an etwas sehr Angenehmes erinnerte — daß ihm der Mund, den er bereits zum Selben aufgesperrt hatte, offen blieb, ohne einen Laut von sich zu geben. Gleichzeitig fühlte er eine seltsam warme Woge über sich dahingleiten und ihn wohligh förmlich streicheln, daß ihm merkwürdig schwach zumute wurde vor Wohlbehagen und Glück und er überhaupt keinen anderen Ton als ein wonnestimmendes, mattes Gurgeln hervorbrachte. Er hatte alles vergessen. Und auf einmal war es obnehin schon zu spät, die Bewohner des Hauses zu wedeln. Denn schon tönte ein Ruf über den Hof — es war, wie er sofort erkannte, die Stimme der jungen Stallmagd, die ihm immer sein Essen vorsetzte —, auf den hin bald alles, sogar der Herr und die Frau des Hauses (und die besonders) lebendig wurde. Und der Ruf, der leider, wie er sofort merkte, nicht ihm, Thras, dem Kettenhund galt, sondern ein Ruf war, wie er ihn noch nie vernommen hatte, wurde von allen, die ihn hörten, gleichsam aufgefangen und augenblicks und immer lauter wieder weitergegeben. Bald erönte es von allen Seiten: „Feuer!“ — „Feuer!“ — „Feuer!“... Und alles rannte wie verrückt geworden durcheinander. Und an dem Hause schleppte man Kisten, Betten, Truhen, Uhren, Tische, Stühle, Bänke, Töpfe und Geschirr und aus der Scheune rief man Wagen, Geräte und Werkzeuge und aus dem Stall ließ man die Kühe, die Kälber und die Pferde, so daß sie in großen Freudenprüngen davonliefen... Nur ihn, Thras, den Kettenhund, ließ man nicht los, je ihn bemerkte man überhaupt nicht, wenn nicht fast jeder über ihn stolperte. Aber es kränkte ihn nicht. „Wenn sie nicht nur überhaupt nicht fänden, wenn sie nur mich ganz vergäßen!“ dachte er. „Das wäre mir das Allerliebste. Ach ich, nur jetzt dableiben können, wo es warm und wärmer wird! Ach, noch nie hatte ich es so warm!...“ Und jelig verdroh er sich in den letzten Winkel seines Kottlers und rührte sich nicht mehr und gab nicht einen Ton von sich, nur damit man ihn ja nicht bemerkte und ihn von seinem Platz, der ihm auf einmal der liebste auf der ganzen Welt war, am Ende gar verjage.

Aber im selben Augenblick — „ausgeredet!“ — hörte er sich auch schon gerufen. Es war sein Herr selbst, der ihn suchte.

Aber Thras rührte sich nicht, diesmal nicht. Er wollte sich um keinen Preis verraten, und gab keinen Laut von sich. Ja er beschloß bei sich, falls man ihn dennoch erwiderte, sich einfach schlafend oder nötigenfalls gar tot zu stellen.

Blötzlich stand jemand vor seinem Kottler. Thras blinzelte ein wenig durch die Augenlider seines linken Auges hindurch; ja, es war wirklich sein Herr. Noch dazu stand er gebückt und mußte ihn auf jeden Fall erblicken.

„Ja, Thras, armer Thras!“ rief der Herr, „wollst du denn wirklich da drinnen bleiben?“

Thras stellte sich schlafend.

Thras! Komm!“

Thras stellte sich taub.

„Thras! Thras!! Schnell, bevor es zu spät ist!“ schrie der ungeduldige Herr.

Thras stellte sich tot.

Blötzlich zerete man an seiner Kette; immer stärker, immer wütender... Schon würgte es ihn am Hals... Das konnte er nicht länger ertragen; zwar blieb er immer noch auf seinem Platz liegen, aber ein gurgelndes Knurren aus dem tiefsten Innern seiner Kehle verriet seinen Unwillen.

„Ja, willst du denn gar nicht frei werden?! Willst du denn durchaus hier in deinem Kottler zugrunde gehen?... Und glaubst du, ich hab' für dich Zeit?...“ Eine Hand rief ihn am Halsband nach vorn, öffnete es und warf es weit fort, daß die Kette klirre. Aber Thras rührte sich noch immer nicht... Da traf ihn ein Fußtritt und verlegte ihn an seiner empfindlichsten Stelle. „Marst du Luder, du blödes!“ schrie man ihn an.

Da konnte sich Thras, der sonst so folgsame, von seinem Herrn feig geprügelte, auf dessen ersten Ruf er sonst immer winselnd getrocken

Sam, nicht mehr halten. Jäh schnellte er in die Höhe, sprang auf das Bein, das ihn verwundet hatte, los und biß hinein.

„Verflucht!“ schrie der Herr auf, „mein, so was, jetzt beißt mich die Kanaille auch noch dafür...!“

Und eine Hand packte ihn an der Gurgel und schleuderte ihn mit aller Macht gegen die Mauer des Hauses, daß es ihm war, als brächen ihm alle Knochen in seinem Leibe entzwei, und er laut aufschellte.

Als er sich wieder aufrichtete und winselnd und zitternd von dannen schlich, hörte er noch, wie sein Herr zu den anderen sagte: „Ich fürchte schon, er hätte die Tollwut bekommen — aus Angst vor dem Feuer...“

Aber Thras sah sich nicht mehr um, sondern wand sich, so schnell und lautlos er konnte, durch alle möglichen Gegenstände, die im Hof herumstanden, hindurch, schlüpfte durch die offene Tür in den Stall, dessen Dach schon hell in Flammen stand, und versteckte sich dort im letzten Winkel, als wäre es sein Ketter. Er fühlte sich wieder ganz Kettenhund von früher und ward auf einmal sehr zufrieden mit sich und seinem Schicksal.

Der Stall brannte nieder, das Hauptgebäude jedoch wurde gerettet. Als man nachher nach Thras, dem Kettenhund, suchte, konnte man ihn nirgends finden. Als er sich auch in der Nachbarschaft nicht fand, auch von niemand je gesehen wurde und auch nicht mehr zurückkehrte, kam man denn doch zu der gemeinamen Ueberzeugung, daß er bei dem Brande, trotzdem er von der Kette abgelassen worden war, umgekommen sei. Und man lobte ihn, gedachte in Tränen seiner, stellte ihn als Muster eines getreuen Kettenhundes hin und behielt ihn ständig in bestem Andenken.

Lachende Worte.

Seine hat uns zwei gegeben
Gott der Herr, um fortzustreben;
Wollte nicht, daß an der Scholle
Unse Menschheit lieben sollte;
Um ein Stillstandsrecht zu sein,
Genügte uns ein ein'ges Bein. (Seine.)

Vor einem Pferde muß man sich von hinten,
Vor einem Weibe von vorne, vor einem Pfaffen von
beiden Seiten in acht nehmen.
(Polnisches Sprichwort.)

Wenn ein Kopf und ein Buch zusammenstoßen
und es klingt höß, ist denn das allemal im Buche?
(Lichtenberg.)

Jeder kommt einmal in die Höllejahre. Das
ist nicht schlimm. Schlimm ist's, wenn einer nicht
wieder herauskommt.
(Prezang.)

Es gibt der Efel, welche wollen,
Daß Nachtigallen hin und her
Des Vaders Güte tragen sollen —
Ob recht fällt mir zu sagen schwer.
Das weiß ich: Nachtigallen wollen
Nicht, daß die Efel singen sollen.
(Bürger.)

Die Fiege, die nicht geklappt sein will, setzt sich
am sichersten auf die Klappe selbst.
(Lichtenberg.)

Jeder nach seinem Sinn
Wählt seinen Freuden Ort.
Der Rosenkäufer hier,
Und der Mistläser dort.



Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.



Tages-Neuigkeiten.

Ausgeschlossen!

Die Deutschnationale Partei hat den Grafen Jedlich-Trübschler wegen seines Buches „12 Jahre am deutschen Kaiserhof“ ausgeschlossen.

Glaubt Ihr, daß ein treudeutscher Mann Dem, der die Wahrheit kühn ans Licht bringt, Mit aller Kraft germanischer Pfaffen Rhinoceroshaft ins Gesicht springt?! — Ausgeschlossen!

Wahrhaftigkeit galt ja seit je Als höchste Tugend der Teutonen! Weigert sich Deutschland jetzt verdrossen, Wadern Befehrmernut zu lehnen?! Ausgeschlossen!

Graf Jedlich-Trübschler hat gewagt, Den Kaiser, wie er war, zu malen. . . Der Dank? Geschleift durch alle Gassen Wird er — just von Deutschnationalen — Ausgeschlossen!

Mich. von Lindenhecken.

Wieder einer!

In Ermatingen im Thurgau (Schweiz) ist in dieser Woche der katholische Pfarrer Schmidt wegen wiederholter Sittlichkeitsvergehen an Mädchen seiner Pfarrgemeinde in Untersuchungshaft gezogen worden. Eine in Ermatingen wohnhafte Familie hatte seinerzeit anlässlich der von der Schweiz durchgeführten Wiener Kinderhilfsaktion ein junges böhmisches Mädchen aufgenommen, das sie nach Abschluß der Hilfsaktion im Hause behielt. Plötzlich verschwand das Mädchen und konnte trotz eifriger Nachforschungen nicht aufgefunden werden. An der Folgezeit verschwand jedoch große Speisevorräte aus der Küche und dem Keller der genannten Familie, so daß man alle Türen sorgsam verschloß. Nun wurde das Mädchen, das sich drei Monate lang auf dem Heuboden versteckt hatte, dabei betreten, wie sie sich Speisevorräte verschaffen wollte. Das Mädchen gab an, daß sie vor dem Pfarrer, der ihr Reichtvater war, geflohen sei, weil er sich an ihr vergangen habe. Die sofort durchgeführte Untersuchung ergab, daß der Pfarrer sich auch an anderen Mädchen der Gemeinde Sittlichkeitsvergehen habe zuschulden kommen lassen. Auch ein Dorfbewohner hat sich bereits gemeldet, der angibt, daß nicht er, sondern der Pfarrer der Vater seines erstgeborenen Kindes sei. . .

Es knippt.

Der letzte Böhmisches-Leipaer Kreisparteitag der Christlichsozialen zeigte, wie gefährlich es in deren Organisation knippt. Ganz abgesehen davon, daß — wie die christlichsoziale Presse feststellt — mehrere Ortsgruppen „in Erwartung eigener Einladungen“ keine Vertreter zur Kreisversammlung entsenden konnten, wurde dort „zur Erzielung größerer Pünktlichkeit“ beschlossen, von rückständigen Mitgliedsbeiträgen 10 Prozent Verzugszinsen einzubehalten. Wir haben zwar irgendwo gelesen, daß es verboten sei, Zinsen zu nehmen, aber was tut man nicht alles, wenn die Schäflein ihre Wolle durchaus nicht hergeben wollen. . .

Würdige Stellvertreter Christi.

Pfaffliche Praktiken im Gullschiner Ländchen. Der Pfarrer von Buslawitz im Gullschiner Ländchen gehört zu jenen Stellvertretern Gottes, die ihr „christliches“ Amt dahin ausüben und nach dem Grundsatz leben: „Nehmen ist selbiger als geben.“ Dieser gefaltete Mann wohnt in einer Pfarrei, die mit einem Palast in der Stadt nicht zu vergleichen ist und die sehr viel Geld gekostet hat. Der Pfarrer plant bei Eröffnung der neuen Pfarrei, seine

Schäflein werden schon zahlen. Nun, da es zum Zahlen kommt, wollen aber die Schäflein davon nichts wissen und alle drei Gemeinden der Pfarrei: Buslawitz, Wielau und Zawada lehnen es ab, dem Pfarrer auf Jahrzehnte hinaus eine Blafel? Er macht aus dem Gotteshaus ein Geschäft, das ihm viel Geld eintragen soll, und erhöht die Preise der Sitzplätze in der Kirche. Vor dem Kriege bezahlten die Leute für einen Sitzplatz 20 Pfennige; nach dem Kriege wurde dieser Preis auf zehn tschechische Kronen erhöht. Und jetzt verlangt er für einen Kirchenhof von den Bauern 50 K., von den Minderbemittelten 40 K. und von den Armen 30 K. Für Sitzplätze wird vorläufig noch kein Eintritt eingehoben. Wenn sich aber die Unwirtschaftlichkeit des Herrn Pfarrers so wie bisher weiterentwickelt, so wird es nicht lange dauern, und die Leute werden auch noch für das Stichen in der Kirche gebüßig zahlen müssen. Und das alles geschieht nur deshalb, damit der Herr Pfarrer seine Schulden, die auf der Pfarrei lasten, bezahlen kann.

Wie heißt es doch in der Bibel: Und der Herr nahm eine Geißel und trieb die Wucherer und Händler aus dem Gotteshause hinaus. . . .

„Lasset die Kleinen zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich.“

Den Gläubigen wird bei jeder Gelegenheit das Wort der Nächsten- und Menschenliebe gepredigt, die Stellvertreter Christi aber legen die christliche Lehre so aus, wie es ihnen gerade paßt. Daß dabei oft politische Paß (auch eine Tugend der Pfaffen) und Vorurteile eine große Rolle spielen, wollen wir an folgendem Falle nachsehen: In dem Orte Bolatitz (Gullschiner Ländchen) waltet ein Pfarrer namens Viska seines Amtes. Er ist wie so manch anderer seiner Amtsbrüder ein glühender Hasser der Sozialdemokraten, und alles, was im Geruche steht, sozialdemokratisch gefärbt zu sein, wird bei jeder Gelegenheit in Acht und Bann getan. Vor kurzem geschah es, daß die Frau des Regierungskommissärs einen Anaben gebar, desgleichen die Tochter eines reichen Bauers, die im Orte als sehr fromm gilt. Die Ortshebamme, die als Sozialistenfreundin gilt, trug nun das Kind des Regierungskommissärs und das der frommen Bauerstochter zur Taufe und wollte beide zu gleicher Zeit von der Erbünde befreien lassen. Vor dem Taufbedenken plöglieh dem Pfarrer Viska ein, daß das Kind der Bauerstochter ein uneheliches sei und er erklärte der Hebamme, sie müsse mit dem unehelichen Kinde sich solange aus der Kirche entfernen, bis er das eheliche Kind des Regierungskommissärs getauft habe.

Es wäre interessant, zu erfahren, ob die fromme Bauerntaid, die Mitglied der Jungfrauenkongregation ist, nun von den Worten der christlichen Nächstenliebe des Pfarrers Viska überzeugt ist, oder ob ihr doch nicht durch die Zurücksetzung bei der Taufe ein Licht aufging. Es erübrigt sich nur noch eine Frage: Wird Petrus, wenn der uneheliche Täufling früher sterben sollte, als der eheliche, auch zu dem unehelichen Erdbürger beim Eintritt in die Himmelsporte sagen: „Du mußt auf die Erde zurückgehen, bis der eheliche in den Himmel kommt?“

Parlamentarische Redebüthen.

Ein Parlamentarier hat aus den Debatten im Deutschen Reichstag einige Redebüthen zusammengestellt und in der Berliner „Germania“ veröffentlicht. Aus diesem Blatte wurden sie von den „Typographischen Mitteilungen“ übernommen:

In bezug auf das Mieterschutzgesetz meint ein Volkvertreter: „Dieser Gesetzesentwurf ist ein totgeborenes Kind, das sich im Sande verlaufen

hat!“ — Im 23. Ausschuss wendet sich Abgeordneter A. gegen das Sperrgesetz mit den Worten: „Das Sperrgesetz wird dazu führen, daß das Finanzministerium zu einem gewaltigen Kadaver von lächerlichen Dimensionen wird.“ — Gelegentlich der Beratung des Reichsanstaltengesetzes erklärt der kommunistische Abgeordnete H.: „Es wirkt geradezu wie ein Brechreiz, wenn man sieht, wie die bürgerlichen Parteien mit demselben Atemzuge, mit dem sie zur Einheitsfront aufrufen, gleichzeitig den Dolch schleifen.“ — Ein Deutschnationaler kennzeichnet das Betriebsrätegesetz folgendermaßen: „Dieses Betriebsrätegesetz ist der langsame fließende Quell, der allmählich das ganze deutsche Wirtschaftsleben zu erdroffeln droht.“ — Ein Abgeordneter der Linken eifert: „Ich kann der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie nach mancher Hinrichtung verjagt hat.“ — Ein Unabhängiger erklärt: „Die Konzeption will ich den Agrarern machen, daß das Schicksal Deutschlands beziehungsweise der deutschen Jugend in der Hand der Milchkuhe liegt.“ — Ein Demokrat gibt seiner Zustimmung Ausdruck mit den Worten: „Darüber kann doch gar kein Zweifel sein, daß wir bei dieser Vorlage der Regierung rückgratlos zustimmen müssen!“ — Ein Vertreter der Rechten wendet sich gegen die Ausführungen eines Kommunisten mit der Erklärung: „Das Kapital und die Großindustrie werden ihre Ansuchen nicht dazu hergeben, daß die Kommunisten Honig daraus saugen können!“ — Ein Demokrat meint: „Dieses Ermächtigungsgesetz ist der Riesenbandwurm, den der Reichstag mit großem Widerwillen geschluckt hat!“ — Ein Kommunist ruft entrüstet: „Der Geist Selbstverleugung ist der nackte Pferdeschweif, welcher am Rasse des deutschen Volkes nagt!“ — Eine deutschnationale Größe spricht pathetisch: „Es geht mit diesem Gesetz wie mit einem Hundeschwanz, dem man das Lebenslicht stückweise ausgeblasen hat!“

Im 14. Ausschuss sagt ein Zentrumsmann: „Die Bevölkerungspolitik vollzieht sich in einfachen Bahnen, ich werde Ihnen gleich zeigen, wie!“ — Ein Sozialdemokrat erklärt einem bäuerlichen Abgeordneten gegenüber: „Sie sind der zweite Doktor Heim, welcher sich wie ein roter Faden durch unsere ganze Ernährungspolitik zieht!“ — Der sozialdemokratische Abgeordnete H. ruft der Zentrumsvorrednerin Frau T. zu: „Frau Kollegin, ich lasse mich von Ihnen nicht vergewaltigen!“ — Ein Zentrumsabgeordneter erhebt im Haushaltsauschuss warnend seine Stimme: „Ich möchte das Auswärtige Amt bitten, bei der Beschneidung der mittleren Beamten mit größerer Vorsicht zu Werke zu gehen!“

Zum Schluß wollen wir noch eine Probe unfrivoller Dummheit eines Redners geben, der auf einer Landwirtstagung unter stürmischer Heiterkeit folgenden Satz gelassen aussprach: „Ich kann daher immer nur empfehlen: Benützung der eigenen Hilfsmittel, aber größte Skepsis gegenüber allen außerhalb unsers Berufs stehenden Leuten, die uns helfen wollen, sonst erwaehen wir eines Tages und sind tot.“ — Das ist allerdings der Gipfel; höher geht's nimmer!

Ein Rechenexempel. Der Arbeiter-Abstinenzbünd in der Tschechoslowakischen Republik teilt uns mit: Gegenwärtig macht eine Reiz die Runde durch die Zeitungen, wonach im Jahre 1921-22 in den Vereinigten Staaten (die Amerikaner beginnen ihr Fiskaljahr mit dem 1. Juli) nicht weniger als 11,268,469 ärztliche Verordnungen von Alkohol abgegeben worden sind, welche insgesamt 1,400,615 Gallonen betrafen. Nämlich: 20,752 Gallonen Wein, 9945 Gallonen Brandy, 8173 Gallonen „Gin“, 2475 Gallonen reinen Alkohol, 2015 Gallonen Rum und der überwiegende Rest Whisky. Wir wollen annehmen, die mitgeteilten Zahlen seien exakt und wollen in aller Unbefangenheit prüfen, was dieselben eigentlich bedeuten. Die über elf Millionen Rezepte machen etwas weniger als ein Rezept im Jahr auf zehn Personen aus. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß die Verordnung von Alkohol zu äußerlicher Anwendung darin

Der liebe Gott und der Zensor.

Von Rudolf Greinz.

Viel zu früh hatte er von dieser Erde abschieden müssen. Im schönsten Mannesalter. Er war ein Opfer seines Berufes geworden. Der neueste Ministerialerlass über die Handhabung der Theaterzensur war die mittelbare Ursache seines Todes.

In nimmermüdem Pflichteifer trachtete er, der Forderung Sr. Exzellenz nachzukommen und ein literarisch gebildeter Verwaltungsbeamter zu werden. Eine schwere Aufgabe, bei der ihn selbst kein sonst so erfolgreiches Streben im Stich zu lassen drohte.

Wie leicht strebte sich's doch früher! Viel Sphaler, ein schmiesamer Rücken, ja keine Nackensteife. . . . Aber jetzt wurde plötzlich das ganze Zentralnervensystem und dadurch sogar das Gehirn in Mitleidenschaft gezogen.

Mit der Literatur war er schon als Gymnasiast auf Kriegsfuß gestanden. Sie blieb seine Achillesverse. Doch auch dieses Hindernis mußte in seiner Steeplechase genommen werden. So wurde er ein offiziell literarisch gebildeter Zensor. Er suchte sich mit allen modernen Richtungen möglichst vertraut zu machen. Er las, exerzierte und büffelte Tag und Nacht. Das rieb seine Kräfte auf.

Das Gehirn verträgt eben nicht derartige Strapazen wie Sphaler und Wirbelsäule. Er war noch nicht einmal bis zum Ueberbrettel ge-

langt, als er an allgemeiner Lebensschwäche das Zeitliche segnete.

Armer Zensor! Die Blätter widmeten ihm rührende Nachrufe, der Minister kondolierte seiner mitröstlichen Witwe persönlich. Kinder waren keine vorhanden. Wer hätte das auch noch zu allen seinen sonstigen Leistungen verlangen können!

Seine Kollegen spendeten prachtvolle Kränze, deren Schleifen lauter Zitate aus bekannten Dramen trugen. Der Verstorbene hatte die Auswahl der Kränzschriften noch selbst testamentarisch verfügt, denn er wollte auch literarisch gebildet begraben werden.

Ein kleines Kerngerüst gab es bei der erhebenden Beisetzfeier. Ein Kranz wurde konfiskiert, obwohl dessen Schleife auch ein dramatisches Zitat trug, und das noch dazu aus Götz von Berlichingen. Da sich diese Inschrift jedoch in dem letztwilligen Verzeichnis nicht vorfand, konnte der Kranz nicht zugelassen werden.

Wie man später erfuhr, war der Spender ein junger Bühnenschriftsteller, dessen Stück der Zensor verboten hatte. Es gibt also doch noch Dank bis über das Grab hinaus. . . .

Das sterbliche Leil des Zensors wurde in einer Ehrengruft bestattet, während seine Seele den streifen Weg zum Himmel antrat.

Nach langer Wanderung kam der Zensor an die enge Pforte zur Seligkeit, läutete und mußte geraume Zeit warten, bis ihm Sanct Petrus öffnete, der gerade sein Nachmittagsschläfchen hielt.

„Können Sie mich vielleicht zum lieben Gott führen?“ fragte der Zensor. Petrus brummte etwas Unverständliches in

den Bart und geleitete den Ankömmling in den glänzenden Himmelsaal.

Der liebe Gott war gerade allein. Der Zensor verbeugte sich sehr tief, sehr tief. Mindestens um einen Winkel von vierzig Grad tiefer, als er sich sonst vor Sr. Exzellenz zu verbeugen pflegte.

Der liebe Gott sah in lange schweigend an und fragte endlich mit einem milden Lächeln: „Was führt Sie zu mir?“

„Ich wollte alleruntertän'gigt um allergnädigste Aufnahme in den Himmel bitten!“ sagte der Zensor halbblau in dem sorgfältig erwiderten Stille eines Majestätsgejuches.

„Was waren Sie auf Erden? Und was können Sie zur Erfüllung Ihrer Bitte anführen? Welches sind Ihre Verdienste?“

„Ich erlaube mich vorzustellen. . .“ wagte der Zensor sich schüchtern in die Brust zu werfen. „Hofrat A., literarisch gebildeter Verwaltungsbeamter und Zensurbeirat, dito literarisch gebildet!“

„So?“ lächelte der liebe Gott. „Das ist ja sehr schön. Da können Sie jedenfalls auf ein legerndes Werk zurückblicken.“

„Gewiß!“ richtete sich der Zensor in einer ganzen Größe auf. „Ich war ein Hüter der öffentlichen Ruhe und Ordnung! Ich duldete keine herausfordernde Verletzung der guten Sitten! Ich gab ohne Voreingenommenheit den großen und schwachen Aufgehenden der dramatischen Literatur innerhalb der Gesehe freien Spielraum! Jeder Ausschreitung jedoch oder richtiger gesagt, allem, was

mir als Ausschreitung erschien, trat ich kraftvoll entgegen!“

„Ein hartes Amt!“ meinte der liebe Gott. „Ich bin daran gestorben!“ erwiderte der Zensor wachmütig. „Ja, wenn es ohne die literarische Bildung gegangen wäre, dann sähe ich heute noch, frisch und munter vorwärts strebend, in meinem Bureau. Ich hätte mir sicher den Zeltionschef erlesen! Aber die Literatur hat mir den Garaus gemacht! Es wird einmal zu viel geschrieben! O diese Dichter!“

„Und welcher Beschäftigung gedenken Sie sich bei uns zu widmen?“ fragte der liebe Gott.

„Ich würde am liebsten mein Amt fortsetzen!“ rief der Zensor eifrig. „Denn im Grund genommen ist's doch jammer schade um meine mühsam erworbenen Literaturkenntnisse, wenn sie nun in alle Ewigkeit brachliegen sollen!“

„Ja, ja. . .“ sagte der liebe Gott. „Eigentlich haben Sie ganz recht. Wird sich aber bei uns schwer machen lassen. Wir besitzen kein Theater und drucken keine Bücher. Wir haben überhaupt nur ein einziges Buch im Himmel. Sie erwarten wohl, welches? Die Bibel.“

„Also doch ein Buch!“ atmete der Zensor erleichtert auf. „Da könnte ich ja schließlich. . .“

„Die Bibel zensurieren!“ lachte der liebe Gott.

„Wenn mein Verlangen nicht unbeschrieben erscheint. . .“ verbeugte sich der Zensor chernals um vierzig Grad tiefer als weiland vor Sr. Exzellenz dem Minister.

„Wenn es Ihnen Freude macht,“ sagte der liebe Gott, „warum nicht? Bei mir soll doch jeder

inbegriffen ist. Die Zahl dieser Verordnungen für Einreibungen, Hautdesinfektion, Alkoholverbände, etc. und das für diese Zwecke bestimmte Alkoholquantum muß aller ärztlichen Erfahrung entsprechend ein recht bedeutendes sein. Was an reinem Alkohol verschrieben wurde, gehört jedenfalls ganz in dieses Gebiet der äußerlichen Anwendung, aber auch ein gut Teil des Branntweins. Es ist unmöglich, abzuschätzen, wieviel vom verordneten Alkohol zu innerlichem Gebrauch diente. Nehmen wir, um gut zu rechnen, dafür zwei Drittel des Branntweins und das gesamte Weinquantum an, so macht das auf ein Rezept ungefähr 4,5 dl. Branntwein, oder auf den Kopf der Bevölkerung etwa 45 CC, das heißt drei Liter pro Kopf im Jahr, wie sie bei uns allgemein als Beigabe zum schwarzen Kaffee getrunken werden. Die Weinverordnungen ergeben per Jahr gar nur einen Liter auf 100 Recepte resp. auf 1000 Personen! Wir wollen hier außer Acht lassen, daß es ein offenes Geheimnis ist, daß manchmal Ärzte aus Gefälligkeit und nicht aus ärztlicher Notwendigkeit Alkohol verschreiben. Auf alle Fälle, wenn man die tatsächlichen geringfügigen Mengen, welche zur Verordnung kommen, in Betracht zieht, kann man nur lächeln über den Eifer, mit welchem solche Zahlen kolportiert werden.

Die Rigorosenordnung an den Hochschulen. Im Sinne der Regierungsverordnung vom Jahre 1903 wird in der nächsten Zeit die Rigorosenordnung an den Hochschulen wieder eingeführt. Dem werden die während des Weltkrieges eingeführten Studienerleichterungen endgültig entfallen.

Wie die schwarzen Hirten ihre Schäfflein scheren. In einer in Jägerndorf stattgefundenen Versammlung, die sich mit der Erbauung eines Priesterseminars beschäftigte, wurde von einem schwarzen Hirten die Mitteilung gemacht, daß die Mittel zur Errichtung dieses Seminars durch die Ausgabe von 50 Sen ausgebracht werden sollen. Ein Los wird vier Kronen kosten. Wer nun ein Los erwirbt, und so mithilft, eine neue Hirtenanstalt ins Leben zu rufen, kann folgendes gewinnen: Eine eingerichtete Landwirtschaft samt lebendem und totem Inventar, ein Auto, dessen Anschaffungspreis 75.000 Kronen beträgt, ein nobles Pferdegepäck samt Wagen und eine hochfeine Brautausstattung.

Ein bolschewistischer „Jnder verbotener Bücher“. Die Sowjetzentrale für Bildungswesen, die sogenannte „Glaxopolitprosvet“, hat soeben eine Verordnung herausgegeben, in der alle jene Bücher enthalten sind, die aus den Bibliotheken des gesamten Sowjetrußland wegen ihres konterrevolutionären und unästhetischen Inhaltes entfernt werden sollen. Es ist interessant, zu erfahren, daß in diesem Jnder auch die russische kommunistische Literatur vornehmlich aus dem Jahre 1920 enthalten ist, da sie aus dem sogenannten „Jnderzeitalter“ des Sowjetregimes stammt. Zur Besichtigung verurteilt sind jedoch ferner vor allem philosophische Werke, deren Inhalt den heutigen Machthabern Rußlands nicht genehm erscheint. Neben den Werken Platons sind auch die Schriften Schopenhauers, Machs, des Soziologen Spencer, Nietzsche, des dänischen Philosophen Heffdings, James und Carlhes verboten. Weiter sollen die Werke der Russen Solajow, Krapotkins (welche Ironie!) Loskij, Wejedjenskij und Tolstois (!) aus den Bibliotheken entfernt werden. Von den genannten Russen sollen allerdings nur die philosophischen Abhandlungen aus den Bibliotheken entfernt werden, während deren belletristische Werke, die Sowjetmacht haben noch gnädig passieren lassen. Den weiteren Inhalt des Jnders bilden dann vor allem religiöse Werke und Schriften. So ist in den Bibliotheken Rußlands der Talmud, der Koran und das Neue Testament verboten. Die verbotenen Bücher und Schriften sollen nicht — wie es einst im Mittelalter geschah — ver-

brannt, sondern als Abfallpapier in die Papierfabriken gebracht werden.

Wie man die Existenz Gottes beweist. Der Bauer Basile Berdeico, der im Kriege invalide geworden ist, sah an einem Sonntag mit mehreren Freunden in einer Ebene seines Heimatdorfes Cieresz Czanka, in der Bukowina. Von ungefähr kam die Rede auf Gott. Berdeico meint: „Es gibt gar keinen Gott; denn gäbe es einen, so würde er mich nicht so schwer leiden lassen.“ Die Worte wurden dem Crispfarer hinterbracht und dieser hatte nichts eiligeres zu tun, als den armen invaliden Mann wegen Gotteslästerung anzuzeigen. Der Cernowitzer Richter verurteilte den „Gotteslästerer“ auf Grund des alten österreichischen Strafgesetzes, das in der Bukowina noch gilt, zu drei Monaten schweren Kerker. Nun wird Basile Berdeico sicher von der Existenz Gottes überzeugt sein!

Ein Sozialdemokrat — Primator von Berlin. Nachdem bereits vor acht Tagen sich gezeigt hatte, daß der Bürgerklub im Berliner Rathaus nicht mehr zu halten war und auf den Vorstoß der Deutschnationalen gegen die Mittelparteien der eben neu gewählte Stadtverordnetenversammlung Dr. Caspari sein Amt hatte niederlegen müssen, wurde am Donnerstag endlich im ersten Wahlgang der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Johannes Haf, der Vorsitzende des Lithographen-Verbandes, zum Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt. Die Kommunisten, Deutschnationalen und Volksparteiliche beteiligten sich daraufhin nicht mehr an der weiteren Bildung des Präsidiums. Die drei Stellvertreter des Vorstehers wurden deshalb von Demokraten, Zentrum und Sozialdemokratie gestellt.

Die Polizei-Inquisition in Rumänien. Bukarester Blätter kommentieren lebhaft ein Polizeiverhör im Kabrilater (Dobrußtscha), dem einige Menschenleben zum Opfer gefallen sind. In einer Gemeinde im Kabrilater wurden einige Personen verdächtigt und beschuldigt, einer Mörderbande anzugehören, die die umliegenden Dörfer regelmäßig plündert. Sie wurden auf das Gemeindehaus des Dorfes Durostor gebracht, wo sie einem Verhör unterzogen wurden, das mit keinem anderen Mittel, als mit glühendem Eisen vorgenommen wurde. Ein gewisser Martin Pelost ist infolge der Prügelstrafe gestorben. Vier andere Personen sind, weil sie angeblich flüchten wollten, erschossen worden. Die Bevölkerung der umliegenden Dörfer ist von der Luftkud der Opfer überzeugt, weshalb sie sich telegraphisch an die Konstanzer Oberstaatsanwaltschaft um ein rasches Eingreifen wandte.

Große Waffenfunde in Budapest. Die Wiener Blätter melden aus Budapest: Obwohl die Verheimlichung von Explosivstoffen und Waffen als strafbar erklärt worden ist, sind verhältnismäßig sehr wenig Waffen der Polizei abgeliefert worden. Die Polizei ist der Ueberzeugung, daß noch ungeheure Mengen von Waffen und Explosivmaterial verborgen liegen und daß namentlich im neunten Gemeindebezirk zahlreiche Waffen geheim lagern. Es wurden nun in diesem Bezirk in zwei Häusern Hausdurchsuchungen vorgenommen und es sind große Mengen von Waffen und Explosivstoffen in die Hände der Budapest-Polizei gekommen. Es handelt sich hierbei um 30 Mannlichergewehre mit 3500 Patronen, acht Dynamitbomben, ein Viertel Nitroglycerin, und viele hundert Meter Zündschnüre. Vier Männer wurden deshalb zur Polizei gebracht und drei von ihnen in Haft belassen. Die Nachforschung in diesem Bezirk nach Waffen und Munition dauern noch immer an.

Trauerfeier für die Mannschaft des U-Bootes „U 24“. Bei heftigem Regen hielt Freitag die englische Flotte eine Trauerfeier für die Offiziere und die Mannschaft des gesunkenen U-Bootes „U 24“ ab. An der Feier nahmen 80 Schiffe, darunter zwölf Unterseeboote, teil. An der Stelle,

an welcher sich das Wrack in der Tiefe befindet, wurde mit Hilfe eines Ankers eine Flagge gehißt. Hierauf wurde nach der Begräbniszeremonie ein ungeheurer Kranz aus Chrysanthenen und Lilien ins Wasser herabgelassen.

Von Wölfen aufgefressen. Wie die Bukarester „Diminaga“ meldet, sind zwischen den Gemeindefürsorgeämtern—Stefan Boda auf der Landstraße eine Frau und zwei Mädchen von Wölfen überfallen und von den hungrigen Bestien völlig aufgefressen worden. An der Stelle sind bloß die Kleider und Schuhe aufgefunden worden. Die Identität der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden.

Tödlicher Verlebensunfall. Ein furchtbarer Unfall hat sich im neuen Trakt der Messschmiede der Floridsdorfer Lokomotivfabrik ereignet. Der 54-jährige Bohrer Johann Pfanter aus Zammersdorf wurde bei der Arbeit von der rotierenden Bohrspindel einer stehenden elektrischen Horizontalbohrmaschine an den Hals erfaßt und um die rotierende Achse gedreht. Seine Arbeitskollegen sahen den Unfall, stellten die Bohrmaschine ab und schnitten Pfanter, der mit Kleiderstücken an der Bohrmaschine hing, ab. Er gab noch Lebenszeichen von sich, weshalb die Rettungsgesellschaft berufen wurde. Der Arzt fand ihn aber bereits tot. Der Mann hatte offene Brüche fast sämtlicher Rippen erlitten, Brüche beider Arme und schwere innere Verletzungen. Seine Leiche wurde in das gerichtliche medizinische Institut gebracht.

Maschierte Räuber überfallen eine slowakische Bank. Donnerstag, um 6 Uhr abends, drangen in die Räumlichkeiten der amerikanisch-slowakischen Bank in Groß-Topolcan teilweise maschierte Räuber ein, die den Direktor und den Kassier, welche soeben mit der Uebernahme der Tageskassa beschäftigt waren, aufforderten, ihnen das Geld zu übergeben. Der Kassier wollte aus der Schublade des Tisches rasch einen Revolver herausziehen, den er jedoch nicht fand. Als die Räuber das Vorgehen des Kassiers bemerkten, zogen sie selbst Revolver und gaben einige Schüsse ab. Durch einen Schuß wurde der Kassier Kotulak in die rechte Schulter, durch einen zweiten Schuß der Direktor der Bank Bzenisek in den linken Arm getroffen und schwer verwundet. Hierauf nahmen die Räuber einen Betrag von ungefähr 200.000 K an sich und flüchteten. Die Sicherheitsbehörden haben die angestrengteste Untersuchung eingeleitet und sind den Tätern auf der Spur.

Gefährliche Postanweisungen. Dieser Tage wurde in Brand bei Gablonz der Besitzer des Vergnügungshotels „Zur Stadt Wien“, Carl Koubka, wegen Postbetrug verhaftet. Erhebungen der Reichenerger Polizeidirektion haben folgenden ausgebreiteten Postbetrug aufgedeckt: Die Polizeidirektion wurde verständigt, daß größere Beträge aus Prag mittels Postanweisung nach Reichenberg und Umgebung abgedandt wurden, die in Prag nicht ausgegeben waren. Durch Nachforschungen gelang es in ganz kurzer Zeit, den 24-jährigen Eisenarbeiter M. Bobicka, den 21-jährigen Postauschiffsbdiener W. Pietich und den 24-jährigen Beschäftigtenleser und wegen Fahrraddiebstahls bereits vorbestraften Fleischergehilfen Gustav Köfler, sämtlich aus Reichenberg, zu verhaften. Bobicka, der durch längere Zeit beim Bahnhofspostamt in Reichenberg beschäftigt war, stellte durch Aussagen aus einer Zinplatte den Prager Poststempel sowie den Bezirksstempel her und schickte drei Postanweisungen auf je 2000 K auf die Adresse des Köfler in Reichenberg. Schon nach zwei Tagen erhielt Köfler 6000 K, von denen er dem Bobicka die Hälfte als Anteil gab. Da Köfler es ablehnte, weiteres Geld in Empfang zu nehmen, schrieb nun Bobicka an die Adresse des Gastwirtes Koubka und eines Gastwirtes in Neustadt a. T. zusammen 20 Postanweisungen auf je 2000 K. Auch diese Anweisungen wurden den Gastwirten ausbezahlt, von denen sich Köfler die Beträge abholte. Auf diese Weise wurde das Postamt um 60.000 K geschädigt. Den Bobicka fertigte Köfler mit 3500 K ab, während er das übrige Geld verzehrte. Bei seiner Verhaftung wurde nicht der geringste Geldbetrag vorgefunden. Bobicka hatte bei seiner Festnahme 1000 K, Pietich 880 K bei sich.

Falsifikate englischer Ein-Pfund-Banknoten. In Währ.-Strau sind Falsifikate von englischen Ein-Pfund-Banknoten in Umlauf. Zu erkennen sind die Falsifikate dadurch, daß der Wasserdruck ziemlich voll hervortritt, auch dann, wenn die Banknote gegen das Licht gehalten wird. Die Schattierung, die bei Georg ist nicht in Punkten verteilt sondern aus ununterbrochenen Linien gebildet. Das Porträt des Königs Georg ist sehr grob ausgeführt; der Kopf ist ohne Plastik und dort, wo Schatten sein sollten, sind keine Lichter. Die Anzahl der in Umlauf befindlichen Falsifikate ist noch nicht festgestellt.

Die Umfahsteuer bei Veranstaltung von Unterhaltungen. Das Finanzministerium macht darauf aufmerksam, daß die Veranstaltung von Unterhaltungen, Ballen und Vorstellungen aller Art der Umfahsteuer im Sinne des § 1. Abs. 1. Z. 1, und § 3 des Gesetzes vom 21. Dezember 1923, Nr. 268 S. d. G. u. B. unterliegt, und zwar auch in dem Falle, wenn der Veranstalter nicht ein Unterhalter im Sinne der §§ 5 und 6 des ziti. Gesetzes ist, sowie dann, wenn die Bruttoeinnahme den Betrag von 500 K nicht übersteigt (§ 4. Z. 11 ziti. Ges.).

Vermiit. Der 21-jährige Student Jar. Daniel, zuständig nach Jung-Bunzlau, der täglich von Cefewitz nach Prag zur Schule fuhr, lehrte kürzlich von seiner Schulfahrt nicht mehr nach Hause zurück. Wer auf seine Spur führt, erhält, wie die Polizeikorrespondenz meldet, eine Belohnung von 1000 K. Der Vermittler ist groß, schlank, dunkelbraun, schwarzäugig, und war mit schwarzem Raglan, dunkelgrauen Kleidern und einem schwarzen Stiefel Hut bekleidet.

Heiteres. Rechtsanwalt (in einer Premiere): Ich kann mir nicht denken, wie aus diesem Konflikt fünf Akte werden sollen. Der Autor: Sehr einfach. Sie sehen doch, daß sich der Held im ersten Akt auf einen Prozeß einläßt. — Der wissenschaftliche Hilfslehrer Herr Theobald Lange ist nach jahrelangem Warten, zur größten Genugtuung seiner tücheltigen Gemahlin, Oberlehrer geworden. Wenige Tage darauf feiert er und Debar bei Langes ein und bringt ein strammes Bündchen. Als man der Mutter des Kind zeigt, kispelte sie glücklich: „O, der Junge ist klug. Er kam nicht eher zur Welt, bis sein Vater wenigstens einen anständigen Titel hatte.“

Die „Konsumgenossenschaft“ Nr. 2. des sechsten Jahrganges vom 15. Jänner 1924 hat folgenden Inhalt: Genossenschaftlicher Rückblick auf 1923: C. Unsere Großverkaufsgesellschaft von V—nn. — Die Betriebsstatistik in den Konsumgenossenschaften. Von Robert Schweikert (Hamburg). — Richtlinien der Genossenschaftsbewegung. Von Dr. Karl Kerner (Wien). — Bezirks- oder Kreis-Konsumvereine: Von Raimund Schreier (Währ.-Schönberg). — Die polnische Genossenschaftsbewegung in Oberschlesien 1923. Von C. Ch. — Ein internationaler genossenschaftlicher Ueberbau in der Tschechoslowakei. — Der Regierungsentwurf zu dem Gesetz über die Umwandlung von Gesellschaften m. b. H. in Genossenschaften. — Ferner die reichhaltigen Rubriken: Vom Tage. — Rechts- und Steuerangelegenheiten. — Ausländische Genossenschaftsbewegung. — Ankündigungen der Konsumvereine. — Inserate.

Prager Chronik.

Bauten der Prager Kommune. Die ungenügende Beschaffung der Viehmärkte und die ungenügenden Rühlanlagen in der Prager Zentralstadthalle waren bekanntlich eine der Hauptursachen der Preisdifferenzen beim Fleischverkauf. Es wurde auch seinerzeit gemeldet, daß die Stadtgemeinde eine Erweiterung der Rühlanlagen und eine Vergrößerung der Ställe beschloffen hat. Wie das Regierungsblatt, dem wir die Meldung entnehmen, nun erfährt, wird in der nächsten Zeit mit dem Bau von Etagenstallungen begonnen werden. Auch sind die Vorbereitungen zum Bau der neuen Ställe beendet. — In kurzer Zeit soll in Prag ein Zentralgemischhof in der Bubeneßka str. auf dem Platze des Fabrikgebäudes Nr. 415 errichtet werden. Eine eigene, aus Vertretern des Stadtrates und des wirtschaftlichen Referates bestehende Kommission wurde mit der gründlichen Durchsicht des Objektes betraut.

selbst werden. Und wenn Ihre Seligkeit in der Fortsetzung Ihres irdischen Berufes besteht... ich habe nichts dagegen. Entschuldigen Sie nur, daß ich Ihrer literarischen Bildung kein reichliches Material zur Verfügung stellen kann! „D, es genügt vollkommen!“ staunelte der Zensur entzückt. „Darf ich einstweilen nur um das Alte Testament bitten?“ „Bedienen Sie sich!“ wies der liebe Gott nach einem goldenen Tisch im Himmelsaal. Der Zensur ergriff einen dort liegenden Band und zog sich unter mehrfachen Verbeugungen gegen den Eingang des Saales zurück. In diesem Augenblick trat ein Kind in den hohen Raum. „Bist du der liebe Gott?“ fragte eine helle Stimme. „Ich bin der liebe Gott, mein Kind!“ erwiderte der Ewige und streckte beide Hände nach dem Kind aus. Das Kind aber rümpelte ihm mit knurrenden Schritten entgegen. Der liebe Gott nahm es, setzte es auf seine Knie, strich ihm die Waden aus dem Gesicht und lächelte es auf die Stirn. Der Zensur war am Eingang des Saales stehen geblieben und sah den ganzen Vorgang. „Grüß dich Gott, lieber Gott!“ sagte das Kind. „Weißt du, ich kann ein Verslein!“ „Und wie heißt das Verslein?“ fragte der Ewige. „Mein Herz ist klein... kann niemand hinein... als du, mein lieber Gott allein!“ sprach das Kind. Der liebe Gott sah den Zensur an und meinte: „Das ist Poesie, Herr Hofrat, und gehört eigentlich

in Ihr Ressort. Haben Sie als Zensur etwas dagegen einzunehmen?“ „Kinderliteratur! Kinderliteratur!“ wachte der Zensur verlegen ab. Damit hatte ich mich nie zu beschäftigen. Mein literarisches Niveau war ein wenig höher!“ „Ach so?“ lächelte der liebe Gott. „Verzeihen Sie! Sie hatten wohl nie Kinder?“ „Danach habe ich leider stets vergebens gestrebt!“ versicherte der Zensur nach verlegener und empfahl sich. Während er ging, hörte er, wie das Kind den lieben Gott fragte: „Weißt du auch, wie man Gott, holt, kösselein macht?“ „Freilich weiß ich das!“ sagte der liebe Gott und schaukelte das Kind auf seinen Knien... „Gott, holt, kösselein! Da droben steht ein Schlösslein...“ Der Zensur ging mit dem alten Testament, setzte sich auf eine Wolk, nahm den Koffstift aus der Westentasche und begann zu streichen. Nach einigen Stunden war der Koffstift verbraucht. Der Zensur ersuchte den heiligen Petrus um neues Schreibmaterial. Zufällig hatte gerade früher eine Balsem unter den kleinen Engeln stattgefunden, wobei ein winziges Englein eine Feder verlor. Diese lieferte Petrus dem Zensur aus. Der Herr Hofrat spitzte sie sorgsam, sah noch acht Tage und acht Nächte auf seiner Wolk und las unermüdet in dem Alten Testament. Dabei tauchte er die kleine Engelsfeder je nach der Tageszeit in des Morgenrot oder in das Abendrot und strich und strich.

Als er die letzte Seite erledigt hatte, ließ er sich wieder beim lieben Gott melden. Der liebe Gott nahm das zensurierte Buch in Empfang und durchblätterte es lächelnd vom Anfang bis zum Ende. „Das also war Ihr Amt?“ nickte er still vor sich hin. „Ich muß unter Wahrung aller schuldigen Ehrfürcht aufrecht bekennen,“ sagte der Hofrat, „daß ich die gestrichenen Stellen heute nicht mehr durch die Zensur lassen könnte.“ „So bin ich eigentlich glücklich zu preisen,“ meinte der liebe Gott, „daß es zu meiner Zeit noch keine Zensur gab.“ Der Zensur zuckte die Achseln und schweig. Eine Schwalbe flog durch den Himmelsaal und suchte durch eines der hohen Fenster wieder ihren Ausgang in die unendliche Weite. Ein paar zwitschernde Töne kitzelten durch den hohen Raum und verkrande dann draußen in der Ferne. Der liebe Gott sah der Schwalbe nach und sprach: „Auch sie hat ihre Lieder. Und niemand zensuriert sie. Habe ich deshalb dem Menschen vor jedem andern Geschöpf das Wort gegeben, daß die in Worte gekleidete Poesie ein anderes Schicksal erfahre, als der Gesang dieser Schwalbe? Sie werden mich vielleicht nicht verstehen, Herr Hofrat. Das Niveau Ihrer literarischen Bildung dürfte dafür zu hoch sein... Doch was ich sagen wollte... Es ist mir unbedingt lieber, wenn Sie sich bei uns um eine andere Beschäftigung umhauen als auf Erden.“ „Wie Excellenz, beschlen!“ knickte der Zensur zusammen, erschrak aber im nächsten Moment tödlich. Denn es kam ihm zum Bewußtsein, daß

er dem lieben Gott nicht den richtigen Titel gegeben hatte. Aber welchen Titel sollte er wählen? Er konnte den Allmächtigen doch nicht mit „du“ und „lieber Gott“ ansprechen, wie neulich das Kind... Der liebe Gott unterbrach seine verzweifelten Erwägungen und meinte gütig: „Mit dem Zensuramt, Herr Hofrat, ist es also nichts bei uns. Tut mir leid, daß ich Ihnen keinen günstigeren Bescheld geben kann. Nachdem Ihnen jedoch Ihre literarische Bildung das Leben gekostet hat, will ich derselben nach Tunlichkeit Rechnung tragen. Wie wäre es, wenn Sie für die sieben Chöre der Engel Noten kopieren würden? Auch ein sehr ehrenvolles Amt. Und nicht allzu weit von der Vikaratur.“ „Die Eure Gottheit beschlen!“ verbeugte sich der Zensur und schritt langsam und gedrückt ers dem Himmelsaal. Der liebe Gott trat an ein Fenster und sah hernieder auf die Erde. Unendliches Leuchten zing von seinen Blicken aus, wie ein Regenschauer fallender Sterne. Und diese Sterne erschienen den Dichtern im Traum und wurden zu herrlichen Gestalten, aus denen andere Verwaltungsbeamte ihre literarische Bildung holten. Der Zensur aber begegnete vor dem Himmelsaal dem Kind von neulich. „Du, Mann!“ zupfte ihn das Kind am Rock. „Kannst du das Lied Ringelreigen... Rosenfranz?“ „Ach was!“ brummte der Zensur mürrisch. „Laß mich in Ruh! Ich pfeife auf die ganze Vikaratur! Ich muß Noten kopieren!“

Kleine Chronik.

Schwedens größte Funktion fertiggestellt. Die Empfangsfunktion in Klungsbacka an der westlichen Küste Schwedens ist nunmehr ausgebaut. Der Ausbau der Sendestation in Grimeton wurde im Vorjahre infolge des Konfliktes in der Eisenindustrie verschoben, doch wird derselbe bis zum Herbst des heurigen Jahres durchgeführt werden.

Der Handschuh als Schreibmaschine. Eine Wundermar von einem die Maschine erscheinenden Handschuh wird aus Amerika berichtet. Danach würde die ganze komplizierte Schreibmaschine in zwei Handschuhen untergebracht sein. Die Handschuhe sind aus Hartgummi hergestellt und tragen an der Spitze der Finger die Buchstaben des Alphabets, Zahlen und Interpunktionszeichen in erhabenen Lettern. Hat man diese Handschuhe angezogen, so erübrigt sich die Benutzung der schwerfälligen Schreibmaschine. Die zum meist gebrauchten Buchstaben befinden sich an der Spitze der Finger, die anderen an deren Unterfläche, und die Kägel enthalten die meistentbehrlichen Zeichen, die man durch Schließen der Hand zur Faust abbildet. Das Handband wird durch eine Art Stempelkissen ersetzt, das an der Innenseite der Hand befestigt ist, so daß das Schließen der Hand ausreicht, um alle Buchstaben einzuschwärzen. Es bedarf erst nicht der Erwähnung, daß dieses neue Schreibsystem ungewöhnlich große Gewandtheit erfordert, damit alle Zeichen auf die gleiche Weise zu stehen kommen; aber wie die, die Wundermar verbreitende „Scientific Review“ versichert, kann man sich diese Gewandtheit im Verlauf einer vierwöchigen Übungszeit gut und gern aneignen. Daß dieser Schreibhandschuh, wenn er wirklich existiert und das hält, was die amerikanische Monatschrift von ihm verspricht, eine Revolution herbeiführen würde, liegt sozusagen auf der Hand. Würde durch diese Neuerung doch jedermann in die Lage versetzt werden, seine Schreibmaschine in Gestalt von ein paar Handschuhen in der Tasche überall mit sich zu führen.

Die Wiege der Eisenbahn. Vier englische Städte streiten sich um die Ehre, als Geburtsstätte der Eisenbahn zu gelten. Es sind das Darlington, Stockton, Horn und Shildon, von denen jede Schritte getan hat, um bei der im September 1925 zu begehenden Jahrhundertfeier der Geburt der Eisenbahn ihren Anspruch auf die Priorität geltend zu machen. Nach eingehenden Untersuchungen haben die Behörden jetzt dahin entschieden, daß Darlington ein verbrieftes Anrecht auf die Ehre hat, als Wiege der Eisenbahn zu gelten. Das Jahrhundertjubiläum wird in großem Stil gefeiert werden. Die Direktion London and North Eastern-Eisenbahngesellschaft ist schon mit der Londoner Stadtbahn in Verbindung getreten, um die Einzelheiten der Feier festzulegen, die mit dem internationalen Eisenbahnkongress, der zu dieser Zeit in England abgehalten werden wird, zusammenfällt. Darlington hat sich in den hundert Jahren zu einer großen Industriestadt entwickelt. Es besitzt insbesondere mehrere bedeutende Lokomotivfabriken, unter ihnen die älteste Lokomotivfabrik überhaupt, die seinerzeit von George Stephenson und seinem Bruder gegründet worden war.

Ein Selbstmörder gefährdet ein Ehepaar. Der Selbstmord eines Lebensmüden in Berlin hat ein unbeteiligtes Ehepaar in schwere Gefahr gebracht. In der Hohrechtstraße wohnte bei dem Ehepaar Krat der 67jährige Schneidermeister Karl Schulz, der sich in sehr schlechten Vermögensverhältnissen befand. Er hat sich aus diesem Grunde, wie man aus einem vorgefundenen Brief ersah, das Leben genommen, indem er mehrere Gasbühnen seines Zimmers öffnete. Das Gas war aber auch in das Schlafzimmer der Eheleute Krat eingedrungen. Als Hausbewohner den starken Geruch bemerkten, riefen sie die Feuerwehr, die die Wohnung öffnete und in einem Zimmer den Schneidermeister tot, und in dem anderen das Ehepaar Krat bewußtlos auffand. Die Sanitäter der Wehr bemühten sich mit dem Sauerstoffapparat um die Bewußtlosen und riefen sie wieder ins Bewußtsein zurück. Dann wurde das erkrankte Ehepaar nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Bei dem Schneidermeister Schulz waren Wiederbelebungsversuche vergeblich.

Gerichtssaal.

Stolper-Federn gegen Besetzung.

Ausgleich vor dem Schwurgericht.

Wien, 19. Jänner. Gestern wurde vor dem Schwurgericht über einen Presseprozeß wegen Ehrenbeleidigung verhandelt, der von dem Eigentümer, beziehungsweise verantwortlichen Redakteur der Wochenchrift „Oesterreichischer Volkswirt“ Walter Federn und Dr. Gustav Stolper gegen Emmerich Bessly, den Chefredakteur und Herausgeber der Wochenchrift „Die Börse“ und des Tagblattes „Die Stunde“, angestrengt wurde. Im Prozesse ist spät nachts ein Ausgleich geschlossen worden, der in der heutigen Verhandlung publiziert wird.

Nachlässe zum Münchner Turnfest.

Auführerische Turner erhalten nur Geldstrafen. München, 18. Jänner. Der Zusammenstoß, der während des Münchner Deutschen Turnfestes am 14. Juli 1923 am Mittag im Anschluß an eine Versammlung der Nationalsozialisten zwischen deutschböhmischen Turnern, Mitgliedern der nationalsozialistischen Sturmabteilung und Schulkindern erfolgte, fand nun vor dem Volksgericht München seine gerichtliche Verhandlung. Die Ermittlungen des Staatsanwalts hatten gegen 18

Personen zur Erhebung der Anklage geführt. Diese lautete im allgemeinen auf Widerstand. Der Staatsanwalt bezeichnete den Vorfall als einen Verstoß gegen die öffentliche Ordnung und staatliche Gewalt. Er beantragte Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis zu drei Monaten und außerdem Geldstrafen. Das Urteil lautete nur auf Geldstrafen von fünf Mark bis zu 55 Mark.

Der Siegelring des Gefallenen.

Nürnberg, 18. Jänner. Im September 1915 frühmorgens fiel bei einem Sturmangriff im Westen der einer englischen Adelsfamilie entstammende Leutnant Turnauer und blieb vor dem Schützengraben tot liegen. Bei der deutschen Fronttruppe jenes Abschnitts stand damals auch der heutige Kaufmann und Kriegsinvalide Adolf Müller aus Nürnberg, der am Abend des gleichen Tages den gefallenen Leutnant fand und ihm einen Siegelring vom Finger zog, den er für sich behielt. Im Jahre 1922 beauftragte nun Müller einen Rechtsanwalt, an den Erben des Gefallenen einen Brief zu richten, in dem er seine Notlage schildern ließ und sich bereit erklärte, den Ring, den er von dem Verstorbenen als Geschenk erhalten haben wollte, gegen eine angemessene Summe zu verkaufen. Nachdem er darauf keine befriedigende Antwort erhielt, beantragte er den Anwalt, für den Ring, der höchstens einen Wert von 40 Goldmark hatte, den Betrag von 200 englischen Pfund zu fordern und drohte damit, den Ring andernfalls zu verkaufen, falls seinem Ansinnen nicht entsprochen werde. Die Erben ließen sich darauf nicht ein und veranlaßten die Einleitung eines Strafverfahrens. In der nun vor dem Nürnberger Schöffengericht stattgefundenen Hauptverhandlung behauptete der Angeklagte, daß er damals den Leutnant Turnauer noch lebend vor dem Schützengraben liegend angetroffen, ihm Wasser und Schokolade verabreicht und dafür von ihm den fraglichen Ring als Geschenk erhalten habe. Aus den eidlischen Aussagen des Beschuldigten und Zeugen aber, sowie den seines Kompanieführers geht hervor, daß Turnauer beim Sturmangriff sofort tot war. Das Gericht verurteilte deshalb den Angeklagten, dessen Vorbringen nicht glaubhaft schien, wegen eines Versuches zu einem Vergehen des Betruges im sachlichen Zusammenhang mit einem Vergehen der versuchten Erpressung zu einem Monat Gefängnis.

Hausherrenmoral.

Troppau, 19. Jänner. Mit Bangen sehen schon die Mieterparteien der Zeit entgegen, in der das Mieterschutzgesetz nicht mehr gelten wird. Eine wahre Häuserwanderung würde dann entstehen, weil jeder Hausbesitzer wieder unumhinkend im Hause herrschen wollen. Da aber das Mieterschutzgesetz heute so mancher Hausherrnwillkür noch Schranken auferlegt, versallen die Hausherrn auf die skrupellosesten Ideen und Einfälle, um eine lästige Partei mit Gewalt aus dem Hause zu bringen. In der Sommerfrische Orsch bei Troppau wohnt ein Schlosser, der ein junges, schönes Weib sein eigen nennt. Das hinderte aber nicht den Hausherrn, seine Frau dahin zu überreden, sie möge öffentlich erklären, der junge Schlosser habe sie vergewaltigt.

Da der junge Ehemann sich in seiner Ehre beleidigt fühlte, wurde die Sache angezeigt und beschlagnahmt. Die alte Hausherrin ist mit ihrer Behauptung, der junge Mann habe sie vergewaltigt, umgefallen, wodurch der Hausherr der falschen Zeugenaussage, Verleumdung usw. überführt erscheint. Die Verhandlung wurde wegen Erweiterung der Anklage vertagt. Der Fall zeigt deutlich, mit welchen Mitteln heute schon von den Hausherrn gearbeitet wird, um Parteien lästigen zu können. Denn die Verleumdung verfolgte ja lediglich den Zweck, sich eine Handhabe zur gerichtlichen Kündigung des Schlossers zu schaffen.

Ein kommunistischer Verleumder.

Freiwaldau, 18. Jänner. Vor dem hiesigen Bezirksgericht hatte sich der Kommunist Vinzenz Kubner wegen Verleumdung des Genossen Link zu verantworten. Im November des Vorjahres hatten nämlich bei der Firma Regenhart u. Reimann in Freiwaldau Lohnverhandlungen stattgefunden, bei denen nach langwierigen Verhandlungen die Löhne der Handwerker stark abgebaut wurden. An den Verhandlungen hatte für die Mitglieder der Union Genosse Link aus Jägerndorf teilgenommen, der natürlich einen Lohnabbau nicht verhindern konnte. Auch die Sekretäre der christlichsozialen und kommunistischen Mitglieder, die an den Verhandlungen teilnahmen, hatten in den neuen Lohnvertrag einwilligen müssen. Nun verbreitete einige Wochen später der Kommunist Vinzenz Kubner das Gerücht, daß der Fabrikant Regenhart dem Genossen Link bei den Verhandlungen einen Brief in die Tasche gesteckt habe. Wegen dieser Verleumdung brachte Genosse Link beim Bezirksgericht Freiwaldau die Klage ein. Bei der Verhandlung wollte der Kommunist Kubner leugnen, daß er das Gerücht verbreitet habe, doch wurde er durch einwandfreie Zeugen seiner Tat überwießen. Nachdem der Verhandlungsrichter einen Ausgleich vorschlug, wollte der Beklagte um Verzeihung bitten, um einer Verurteilung zu entgehen. Genosse Link lehnte einen Ausgleich wegen der schweren Beleidigung ab und sprach sich für eine bedingte Verurteilung aus, da der Angeklagte noch nicht verurteilt worden war. Das Bezirksgericht verurteilte den Kommunist Kubner bedingt zu einer Arreststrafe von 48 Stunden, verschärft durch eine Feste und zur Tragung der Prozeßkosten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der sinkende Frank.

Neben dem Regierungsantritt der Arbeiterpartei in England ist wohl der dauernde Rückgang des Wertes des französischen Franken die beachtenswerteste internationale Erscheinung dieser Tage. Während bisher die Währungen der besiegten Länder oder wenigstens jener Länder, die auf den Territorien der ehemaligen Mittelmächte entstanden sind, einen Niederbruch erfahren, ist es diesmal der eigentliche politische Sieger im Weltkrieg, der die Folgen der großen Katastrophe von 1914 bis 1918 an seiner eigenen Währung zu spüren bekommt. Am plastischsten tritt das Niedergleiten des Franken durch einen Vergleich mit der Schweizer Währung hervor. Frankreich und die Schweiz waren vor dem Kriege durch die sogenannte lateinische Münzunion verbunden, der auch einige andere Staaten angehörten. Diese Währungen standen auf gleicher Stufe und der französische Silberfrank wurde in der Schweiz und in Belgien ebenso genommen wie in Frankreich selbst. Nach Beendigung des Krieges im November 1918 betrug der Unterschied zwischen der schweizerischen und französischen Währung etwa 8 Prozent, der Frank stand in Zürich 0.92. Aber schon im Juli 1919, als der Frieden von Versailles geschlossen wurde, der Frankreich so große Gebiets- und Machtzuwachs brachte, stand der Frank in Zürich nur noch auf 0.81, um bis Ende 1919 auf 0.54 zu sinken. Seitdem ist der Frank in Zürich weiter, wenn auch langsam, gefallen. Am 20. Dezember 1923 erreichte er den Kurs von 0.31. Von da ab begann er rascher zu sinken, so daß der Franken an der Züricher Börse heute zwischen 0.25 und 0.27 herumpendelt.

Als die Ursache dieser bemerkenswerten, für die gesamte internationale Politik hoch bedeutsame Erscheinung muß Frankreichs Staatswirtschaftlich fast verantwortlich gemacht werden. Seit dem Beginn des Krieges ist Frankreichs Budget aus dem Gleichgewicht geraten und nach dem Kriege ist das Defizit im französischen Staatshaushalt nicht geschwunden, weil erstens Frankreichs Staatsmänner in der Bevölkerung die Hoffnungen auf Deutschlands Reparationszahlungen wachhalten und dadurch die Franzosen nicht zum Steuerzahlen bringen können und zweitens die großen Rüstkungsausgaben Frankreichs, welche ihre Ursache in der imperialistischen Politik des Landes haben. Krieg und Imperialismus haben die Schulden Frankreichs gewaltig vermehrt. Die innere Schuld Frankreichs beträgt 280 Milliarden Frank, die auswärtige 130 Milliarden, das jährliche Defizit im Staatshaushalt beläuft sich auf 30 bis 40 Milliarden Frank. Zur Deckung des Defizites wurde zwar der Rentenumsatz nicht übermäßig vermehrt, aber es wurden Schaßscheine in so großer Zahl herausgegeben, daß das Vertrauen zu Frankreichs Finanzen insbesondere im Ausland dadurch erschüttert wurde. Dazu kommt noch, daß trotz dieser ungünstigen Finanzlage Frankreichs an die Staaten der Kleinen Entente eine Anleihe für Rüstungszwecke gewährt hat, was vor allem das Mißtrauen der englischen Hochfinanz wachgerufen hat.

Die französische Bourgeoisie, welche hinter der Politik Poincares steht, hat alles dazu getan, um Frankreichs Staatsfinanzen zu zerrütten. Die bürgerlichen Parteien Frankreichs haben das Wiederaufbaugesetz von 1919 durchgesetzt, wodurch der Staat verpflichtet wurde, den Unternehmern der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs ungeheure Entschädigungssummen zu zahlen, welche Frankreich naturgemäß von Deutschland rückgezahlt zu erhalten hofft. Trotzdem die Reparationskommission die Schäden, wie sie das französische Wiederaufbaugesetz festlegt, nicht voll anerkannt hat, blieb das Gesetz unverändert und der Großindustrie wurden nach der Schätzung Keynes etwa 50 bis 60 Milliarden ausbezahlt. Die französischen Großindustriellen haben ganz unheimliche Wiederaufbaugewinne erzielt. Gleichzeitig will aber die französische Bourgeoisie einer beträchtlichen Erhöhung der Steuern nicht zustimmen und dem Staat nicht soviel geben, als er braucht, um sein Budget im Gleichgewicht zu halten. Der Patriotismus der Bourgeoisie ist eben überall der gleiche.

Die Folgen des Franksturzes sind innerpolitisch wie außenpolitisch gleich bedenklich. Das Steigen der Preise beunruhigt einen großen Teil der Bevölkerung, welche die gegenwärtige Regierung Poincare für diese verderbliche Entwicklung verantwortlich machen wird. Dies ist für die gegenwärtigen Machthaber Frankreichs um so unheimlicher, als im April die französischen Wahlen stattfinden werden, welche desto mehr das imperialistische Regime Poincares gefährden, je größer das Elend der Masse der französischen Bevölkerung wird. Außenpolitisch aber wird die Stellung Frankreichs durch den Sturz seiner Währung geschwächt, die französischen Machthaber können ihre Politik der Unversöhnlichkeit gegenüber Deutschland nicht mehr mit der Autorität, die ihnen die militärische Macht Frankreichs verleiht, betreiben und werden so auf die Bahn der Verständigung und der Wiederherstellung des wahren Friedens in Europa gedrängt. Wird der Sturz des Franken diese Wirkung haben, dann wird er bewirkt haben, was nicht einmal die bisherigen Machthaber in England erzielen konnten. Die wirtschaftliche Entwicklung ist eben die stärkste Triebkraft auch in der internationalen Politik.

Ist eine Erhöhung der Zuckerpriese gerechtfertigt? Als Antwort auf diese Frage druden wir

nachstehenden Prager Bericht der Zeitschrift „Die Börse“ ab:

Nach einer langen Zeit der Ermattung haben sich die Zuckerpriese wiederum in den Vordergrund des Interesses gehoben. Der letzte Rückgang der Zuckerration war v. n. ehmlich auf den Preiskampf zwischen den Zuckerraffinerien und der Regierung zurückzuführen, der bekanntlich damit endete, daß die Raffinerien zu niedrigen Preisen das Inland beliefern und die Rohzuckerfabriken für das Ausland einen Zoll von 8K 30 per Meterzentner Rohzucker bezahlen mußten, u. zw. auch für solche Schlässe, die bereits früher getätigt waren, aber erst jetzt zur Ausführung gelangen. Diese Nachzahlungen machten natürlich Millionen aus. So muß eine Zuckerraffinerie an der Elbe, die auch Rohzuckerfabriken besitzt, auf alte Schlässe 2 1/2 Millionen nachzahlen. Nun scheint aber der Schmerz über diese Nachzahlungen überwunden zu sein und ausgehend von den Schoeller-Aktien, die von Wien aus gehoben wurden, sind auch die übrigen Zuckerpriese der Bewegung gefolgt, am raschesten die böhmischen Zuckerpriese. Die Gründe für diese Aufwärtsbewegung liegen in dem glänzenden Geschäftsgang dieser hochqualifizierten Unternehmen, die mit reichen inneren Reserven in die neue Kampagne getreten sind und ihre stillen Fonds auch in der laufenden Kampagne weiter reich zu dotieren in der Lage sind. Die heutige Zuckerrate ist eine Reforderate von über 10 Millionen Meterzentner Rohzucker, die Auslandspreise sind zurückbelebend; auch haben die Zuckerverbände eine neue Aktion eingeleitet, um den Auslandspreis doch noch in die Höhe zu setzen.

Nicht genug daran, daß Zuckerverbände und Börsenspekulanten an den Zuckerpapieren verdienen, wollen sie aus den Konsumenten noch höhere Zuckerpriese herauspressen!

Gemeinsame Sitzung des Verbandsvorstandes und des Aufsichtsrates der Großeinlaufgesellschaft. Am 4. Jänner fand, wie wir erst jetzt in der „Konsumgenossenschaft“ lesen, eine gemeinsame Sitzung des Vorstandes des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und des Aufsichtsrates der Großeinlaufgesellschaft für Konsumvereine in Prag statt. Genosse Lorenz berichtete über die Durchführung der Restriktion der GEC, sowie über den Stand der bisher gezeichneten und eingezahlten Stammeinlagen für die neu zu errichtende Gesellschaft. Die konstituierende Generalversammlung der selbständigen Großeinlaufgesellschaft soll am 17. Februar 1924 in Prag im GEC-Hause stattfinden. Als provisorische Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Konstituierung, 2. Bericht über die Restriktion, 3. Abschluß des Gesellschaftsvertrages, 4. Bestellung der Geschäftsführer und Wahl des Aufsichtsrates, 5. Bestimmung des Ortes der nächsten Generalversammlung. Die Sitzung erörterte hierauf den Vorschlag für die Wahl eines zweiten Geschäftsführers der Großeinlaufgesellschaft neben Gen. Kwisil. Es wurde beschlossen, als zweiten Geschäftsführer der Großeinlaufgesellschaft Genossen Wenzl Lorenz der Generalversammlung vorzuschlagen. Selbstverständlich würde Genosse Lorenz seine sonstigen genossenschaftlichen Funktionen, insbesondere seine Geschäftsführerrolle im Altöhrlicher Konsumverein, aufgeben.

Der Verband der Bergbau- und Hüttenangestellten der Tschechoslowakei. Ziv. Teplitz-Schönau, hielt am 13. Jänner d. J. in Teplitz-Schönau unter starker Teilnahme seiner Delegierten aus den Revierbergamtsbezirken Aussig, Teplitz, Brüx, Komotan und Karlobad-Jahnsau eine Aktionsversammlung ab, um zu der seitens der Gewerke des west- und nordwestböhmischen Braunkohlegebietes durchgeführten Maßnahme des Gehaltsabbaues, welche mit 1. Jänner 1924 bei allen Bergbauangestellten der angeführten Reviere in Form der gänzlichen Einstellung der Anschaffungsbeiträge platzgegriffen hat, Stellung zu nehmen. Bei der Aussprache trat einmütig die Auffassung zutage, daß die unerhoffte Gehaltskürzung im gegenwärtigen Zeitpunkt umso einschneidender empfunden werden müsse, als die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse derzeit besonders hart und drückend auf den Schultern der Festbesoldeten lastet und demzufolge jede wie immer geartete Kürzung der Gehaltsbezüge den wirtschaftlichen Lebensstandard äußerst ungünstig beeinträchtigt. Eine derartige Maßnahme könnte nur unter der Voraussetzung gerechtfertigt erscheinen, daß sich die ökonomische Lage der Angestellten merklich gebessert und insbesondere die seitens der Regierung seit Jahr und Tag verfolgte Preisabbauaktion irgendwelche greifbare Resultate in Form einer tatsächlichen Verbilligung der Preise gezeigt hätte. Nachdem jedoch der behördliche Preisabbau Schiffbruch erlitten hat, wie die in den letzten Monaten stetig fortschreitende Verteuerung einer Reihe unentbehrlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel unwiderleglich bewiesen hat, so erscheint auch die notwendige Voraussetzung für einen Gehaltsabbau, bzw. für die Entbehrlichkeit der Anschaffungsbeiträge als eines Hauptbestandteiles der Gehaltsbezüge nicht gegeben, und die getroffene Maßnahme nur geeignet, infolge ihrer ungünstigen Auswirkungen notwendigerweise die Verelendung der Angestellten zu beschleunigen.

Das Bezirksgewerkschaftsamt in Aachen gegen Leuerung und Wirtschaftsnote. Sonntag, den 13. Jänner, fand in Aachen eine Konferenz der Vertrauensmänner der im Bezirksgewerkschaftsamt vereinigten Gewerkschaften statt. Gegenstand der Beratungen bildete die wirtschaftliche Notlage der Arbeiter; das bezüglich Referat erstattete Genosse Börgner. Es wurde einstimmig beschlossen, der politischen Bezirksbehörde ein Denks

schreibt zu überreichen, worin die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft und namentlich das Elend der Arbeitslosen betont, und rasche Abhilfe verlangt wird. Diese Denkschrift wurde am 14. Jänner von einer Abordnung mit den entsprechenden mündlichen Erläuterungen an zuständiger Stelle überreicht. In der Denkschrift wird verlangt, daß von amtswegen entsprechend zusammengelegte Konferenzen unter Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Angestellten einberufen werden. Diese Konferenzen hätten sich mit einer neuerlichen Revision und Reduktion der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel zu befassen, namentlich wäre der sogenannten bürgerliche Profit, der meist auf falsche Kalkulation zurückzuführen ist, etwas eingehender zu betrachten, die fixierten Preise, auch jene der Wohnungen, wären ersichtlich zu machen und das Nichtbeachten derselben rücksichtslos zu bestrafen. Im Interesse der weitestgehenden Opfer wäre an zuständiger Stelle auf die entsetzliche Lage der Arbeitslosen aufmerksam zu machen und tatkräftige Unterstützung derselben durch Einleitung einer Bekleidungs- und Ernährungsaktion sowie eine liberale Handhabung der Gesetze zu erwirken.

Der Handelsvertrag zwischen der Tschechoslowakei und Lettland ist soeben in der deutschen Uebersetzung der Sammlung der Gesetze und Verordnungen erschienen. Er ist auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung aufgebaut.

Krise in der Bismar Metallindustrie. In der Bismar Metallindustrie ist die Beschäftigung in den letzten Tagen schwächer geworden, was auch von den Elodowerten gilt. Die Metallindustrie ist überhaupt derjenige Industriezweig, der sich am wenigsten von der schweren Wirtschaftskrise erholen kann. Auch die Schuhindustrie ist noch immer schwach beschäftigt.

Die Arbeiter in der Zuckerindustrie. Die Berichte des Statistischen Staatsamtes Nr. 95 enthalten eine erschöpfende statistische Zusammenfassung über die Zuckerindustrie in der Tschechoslowakei. Unter anderem ergibt sich daraus, daß in diesem Industriezweig 69.081 männliche und 21.558 weibliche Arbeiter tätig sind. Davon sind 3361 männliche jugendliche Arbeiter und 2185 weibliche, wobei als jugendliche Arbeiter solche im Alter von 14 bis 16 Jahren angesehen werden. Der durchschnittliche Tageslohn der Männer betrug 33 K 75 h, der Frauen 22 K 83 h. Alle diese Angaben beziehen sich auf die Kampagne 1922-23. Alle diejenigen, welche für die Zuckerindustrie Interesse haben, machen wir auf dieses Sonderheft des Statistischen Staatsamtes aufmerksam.

Drei Millionen Arbeitslose in Deutschland. Vom Reichsministerium wird mitgeteilt, daß die am 17. Jänner in einigen Zeitungen mitgeteilte Zahl von 4.528.000 unterstützten Arbeitslosen und 862.000 unterstützten Kurzarbeitern nur die Arbeitslosen im unbefestigten Gebiet angeht. Genaue Zahlen für das befestigte Gebiet sind wegen der immer noch gestörten Verwaltungstätigkeit der Behörden nicht zu erlangen. Es gibt aber dort schätzungsmäßig ebenfalls ungefähr eineinhalb Millionen Arbeitslose und 850.000 Kurzarbeiter. Damit beträgt die Zahl der voll Erwerbslosen im ganzen Reiche etwa 3 Millionen. Allem Anschein nach ist auch im befestigten Gebiete eine kleine Besserung eingetreten.

Der Lohnkonflikt der Eisenbahner und Bergarbeiter in England. Wie aus London berichtet wird, erklärte nach einer Besprechung mit den Eisenbahndirektoren und dem Vollzugsausschuß der Lokomotivführer- und Heizervereinigungen, Henderson, er könne keine Möglichkeit entdecken, einen Ausstand zu vermeiden. Der Sekretär der Vereinigung sagte ebenfalls, der Streik sei jetzt sicher. — Das Ergebnis der Abstimmung unter den englischen Bergarbeitern sei, daß sich ungefähr 510.000 Mann für die Kündigung der gegenwärtigen Lohnvereinbarung und etwa 110.000 Mann dagegen ausgesprochen hätten. Dieses bedeutet keinen Streik, sondern lediglich, daß das Recht in Kraft befindliche Ueberschüsse von drei Monate vor seinem Ablaufe gekündigt werde. Inzwischen soll mit den Bergwerkseigenern verhandelt werden.

Bemühungen zur Verhinderung des englischen Eisenbahnerstreiks. Der Kongreß der gewerkschaftlichen Organisationen hielt heute nachmittags eine außerordentliche Sitzung ab und befaßte sich mit den weiteren Schritten, welche zur Verhütung eines Streikes der Maschinenführer und Heizer erforderlich wären. Die Führer des nationalen Verbandes der Eisenbahnen haben sich in einem Rundschreiben gegen den Streik ausgesprochen, den der Maschinenwerberverband für Sonntag abends proklamiert hat.

Die tschechische Krone notiert in:
 New York 100 Kr. Dollar 2,90*75
 Zürich 100 Schweiz. Frank 16,85*00
 Berlin 1 Mark 123,000,000,000*00
 Wien 1 Österr. Kronen 2,075*00

Kunst und Wissen.

Gastspiel Alexander Moissi. Alexander Moissi wird kommenden Samstag ein für fünf Abende berechnetes Gastspiel beginnen und hierbei in „Jüdin von Toledo“ (Freitag, den 26.5., Paracelsus) und „Er ist an allem schuld“ (Sonntag, den 27., Kleine Bühne), „Hamlet“ (Montag, den 28.) und im „Lebenden Leichnam“ (Mittwoch, den 30.) gastieren. Kartenverkauf ab Dienstag.

„Carmen“ — Vollständige Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen. Bizets neueste Oper „Carmen“ wird kommenden Sonntag als vollständige Nachmittagsvorstellung zu ermäßigten Preisen (Eiße von 6 bis 21 K) gegeben werden.

Spielplan des Neuen Theaters: Heute, Sonntag, halb drei Uhr: „Vocaccio“, abends Premiere: „Der Fürst von Pappenheim“; Montag: „Florian Geyer“; Dienstag: „Vocaccio“; Mittwoch: „Rigoletto“; Donnerstag: „Der Fürst von Pappenheim“; Freitag: „Mädi“; Samstag Gastspiel Moissi: „Die Jüdin von Toledo“; Sonntag halb drei Uhr vollständige Nachmittagsvorstellung: „Carmen“, abends: „Der Fürst von Pappenheim“.

Spielplan der „Leinen Bühne“: Heute, Sonntag abend und Mittwoch neuinszeniert: „Maria Magdalena“; morgen, Montag, Gastspiel Sterned „Cosi fan tutte“; Dienstag und Donnerstag: „Der Mustergatte“ mit Richard Romanovsky; Freitag abend und Sonntag nachmittags: „Die deutschen Kleinstädter“; Samstag abend: „Die kleine Sünderin“; Sonntag abend Gastspiel Moissi: „Paracelsus“ und „Er ist an allem schuld“.

Nächste Arbeitervorstellung: 3. Februar: „Madame Butterfly“. Am 3. Februar, halb 3 Uhr, findet im Neuen Theater die Puccini-Oper „Madame Butterfly“ mit Tilly de Garmo in der Titelrolle und Oscar Eisenberg als „Pinkerton“ als Arbeitervorstellung statt. Kartenverkauf bei Spitzer Genossen Deutsch, Graben 25, 2. Oberer Basar.

Urania.

III. (Mozart-) Konzert des Prager Kammerorchesters. Montag, 21., 8 Uhr in der „Urania“. Solistin: Fr. Gret. Antscherl-Schüd, Dirigent: Kapellmeister Wachtel. Das Programm enthält die entzückende Ouvertüre zu „Lucio Silla“, die Mozart im Alter von 16 Jahren schrieb und die in Prag gänzlich unbekannt ist. Weiter das Klavierkonzert in B-Dur K. 450 das in Prag schon seit vielen Jahren nicht aufgeführt wurde und die große D-Dur-Symphonie (mit dem Menuett). Das Orchester ist verstärkt. Die rege Kartennachfrage läßt auf allgemeines Interesse schließen. Karten 15 bis 6, Mitgl. 13 bis 5 K. 2549

„Uranian-Kino.“

„Klona, die schöne Gräfin.“ Heute 3, halb 6 und 8 Uhr. Die Schönheit und Grazie von Lia de Putti, die schauspielerische Glanzleistung Arnold Roskis geben diesem Film im Verein mit einer äußerst spannenden, wirksamen Handlung ein hervorragendes künstlerisches Gepräge. Karten 3 bis 12 K, Biofasse, Smedy. Morgen Montag halb 6 Uhr 2548

Wochenprogramm:

Heute, halb 11 Uhr: „Rauk, der primitive Mensch“. Auf allgemeinen Wunsch Wiederholung dieses ausgezeichneten Kulturfilms, den harten Existenzkampf einer Eskimofamilie behandelnd.
 Heute, 4 Uhr: „Dahisches Erzgebirge. Duppauer Berge Eger- und Teplitz“. Mit 130 farbigen Lichtb. Vortrag von Waldemar Wimberrich, Leiter des Wandverbundes „Kosmos“ der Urania. Karten 5, Mitgl. 4 K.
 Montag, 8 Uhr (Kinoaal): „Rauk, der primitive Mensch“. Kulturfilmvorführung. — Montag, 8 Uhr (großer Saal): „Prager Kammer-Orchester“. III. Konzert. Solistin: Grete Antscherl-Schüd (Klavier), Dirigent: Erich Wachtel.
 Dienstag, 8 Uhr: „Rusikgeschichte als Zeelebiographie des neuen Menschen.“ Doktor Schwelb-Schnittgart.
 Mittwoch, 8 Uhr: „Zwanzig Jahre deutsche Vortragskunst“. Rezitationsabend: Rudolf Hod.
 Donnerstag, 8 Uhr: „Die Eroberungsjahre der Wirbeltiere in die Meere der Vorzeit“ mit Lichtb. Univ.-Prof. Othenio Abel-Wien (gemeinsam mit dem Votos).
 Freitag, 8 Uhr: „Philosophische Vortragsreihe“, 2. Vortrag: „Die geistige Entwicklung des Kindes“ (Instinkt, Dressur, Intellekt). Univ.-Prof. Karl Bühler-Wien.
 Samstag, 26., 8 Uhr: „Das Werden der menschlichen Sprache“. Univ.-Prof. Karl Bühler-Wien. 3. Vortrag in der „Philosophischen Vortragsreihe“.
 Karten zu allen Veranstaltungen: Urania-Kasse 9—1 und 3—7 Uhr. Smedy 22.

„Rauk, der primitive Mensch“, Kulturfilmvorführung. Heute 8 Uhr. Auf allgemeinen Wunsch Wiederholung dieses interessanten, bei 55 Grad Kälte aufgenommenen Films, mit seinen arttischen Landschaften, in deren Rahmen die mühselige Existenz der Eskimos geschildert wird. Karten (populäre Preise) 2—7, Mitgl. 1—6 K. 2550

Der Film.

Polkuschka. Die Deutschen Prags haben nunmehr ein Kino, das mit viel Mut, Ausdauer und Optimismus gegen den Kinoschund und für die innere, geistige Gesundung der Filmproduktion-Reproduktion kämpft. Es ist dies das Urania-Kino, das sich um des lieben Publikums willen leider oft noch dessen Geschmack durch Aufführung von Schundfilmen, Gesellschafts-, Sitten- (Liebes-) historischen „Dramen“ anpassen muß, das aber in dieser Woche „Polkuschka“ projizierte und sich dadurch die Dankbarkeit aller arbeitenden Menschen sicherte, denen die Kunst auch im Film heilig ist. „Polkuschka“ (wir haben über diesen Film schon vor längerem berichtet. Die Red.) ist der Film des leidenden Proletariats des zaristischen Rußlands der 30er Jahre, des Rußlands der Leibeigenschaft. Polkuschka, der Gutsklave, der Kofknecht, der Schnapskäufer, der unbewußte — Gelegenheitsdieb, er wird zum Sinnbild des um seine Befreiung ringenden Proletariats der vormarzistischen Periode; er wird zum Heiden der Gegenwart, da wir schauernd miterleben, wie er, da ihm seine Herrin, überzeugt davon, daß er im Grunde aufrichtig und ehrlich ist, einen größeren Geldbetrag anvertraut, und als dessen Hüter — er, der Leibeigene Polkuschka! — zum tragischen Helden wird. Ergreifend ist der Augenblick, da er des Hehlens des sorgsam gebühten Schafes gewahr wird, wie auch jener, da er dann daheim nach vergeblichem Wähen, im Kreise seiner Kinder bei seiner Heimkehr unbemerkt von der Wiege seines Jüngsten die Schnur löst, um sich zu erhängen. Der letzte Blick des Sterbenden verfolgt den miterlebenden und mitleidenden Zuschauer, weckt sein soziales Gewissen und stärkt das Klassenbewußtsein bis zur Stahlhärte. — Dem Drama lieh die „Urania“ ein Lustspiel vorausgehen, das die ergreifende Wirkung des Dramas unabsehlich noch stärkte. Das Lustspiel — ein Blödsinn voll moderner Komplikationen — hatte gräßliche Hauptrollen. So stand der idiotische Humor der gräßlichen Zeitverhältnisse im treffenden, wahrheitsgetreuen — von den spärlichen Besuchern vielfach gar nicht gefühlten Kontrast. Die Darstellung der russischen Künstler, die — hungernd und stierend — uns diesen

Film schenken, war einwandfrei und eben wegen ihrer Natürlichkeit künstlerisch vollendet. — Wollten unsere Zentralstelle für das Bildungswesen und der Verein deutscher Arbeiter nicht dieses proletarische Erziehungswerk zur Ausführung gewinnen? Diese Vorstellungen wären sicher ausverkauft. N. D.

Aus der Partei.

Lokalorganisation Prag VII. Donnerstag, den 24. Jänner, 8 Uhr abends, Wochenversammlung im Gasthause „Urademie“ mit Vortrag des Genossen Kreuzer über die letzten politischen Ereignisse. Anschließend Debatte. Gäste willkommen!

Jugendbewegung.

Sozialistischer Jugendverband, Ortsgruppe Prag. Am Dienstag, den 22. d. M. findet im Verein deutscher Arbeiter, Prag, Smetschlagasse 27, abends 8 Uhr eine Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: Einläufe und Berichte. Unsere nächsten Aufgaben und Verschiedenes. Wir erfinden die Genossinnen und Genossen, vollständig zu erscheinen.

Bereinsnachrichten.



Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag II, Fügnerova nám. 4. Mittwoch, den 23. Jänner 1924 im Restaurant Kreuzel, halb 8 Uhr abends, Hauptversammlung. Tagesordnung: 1. Berichte der Ortsgruppenleitung, der Kassa, der Revisoren. 2. Neuwahlen. 3. Vortrag des Verbandsobmannes Wg. Kollegen Hirsch. Erscheinen ist Pflicht! 2552

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen
 liefert **Optiker Deutsch, Prag,**
 Graben 25, Kl. Basar
 1337

Rechenmaschinen, T. Edgarr, Melazanka Za.
 2535

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cerman.
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
 Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
 Für den Druck verantwortlich: C. Holla

Smith Bros

die beste amerikan.
Schreibmaschine
 mit Kugellager und
 stillem Gang

Spezialhaus für moderne Büroeinrichtungen jed. Art

Giblan & Co., Prag II.

Lucerna.

Telephon 9823.

Filliale Reichenberg, Gablonzerstr. 15.

Referenz-Gec. für Gewerkschaften und Sekretariate Spezialofferte.

1928

Werbet bei jeder Gelegenheit für
 Euer Parteiblatt den
„Sozialdemokrat“!

Wir suchen

für die der „Vereinigung sozialdemokratische Presse“
 angehörenden Blätter

drei Redakteure

Fähige Parteigenossen mit längerer journalistischer Praxis, Kenntnis der tschechischen oder womöglich der französischen Sprache, im Telephonieamt und Zeitungsumbruch bewandert, werden erucht, ihre Annote unter Kennwort „Drei Redakteure“ an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“, Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik, Prag II., Dabitzova nám. 32/II zu richten. 2071

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

„Apec“ und „Morrell“

1901 Vertreter für die Cechoslowakei:
Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.
 Drahtanschrift „Rostra“ Telefon 6687



Kochendes Wasser + **Kimi** = ausgezeichnete Rindsuppe

1850

MODENHAUS
WOLF & SCHLEIM
 PRAG, Rytiřská 26

Weisswaren-Restenverkauf

Reste: Ia Schrollische Damaste, Hosengradl, Waschebatiste, Handtücher u. Inlette

Ia Chiffonreste per m Kř 4,90
 Frottoirhandtücher per Stück „ 9,50
 Ia Taschentücher per Dtz „ 8,40
 Bettuch-Leinwandreste per m „ 9,80
 Ia Damenhemd per Stück „ 12,80